



Ae 99

-171

:1.Ex.

WENDEMARKEN

**Zum Symbolumbruch
in Ostdeutschland**

Wendemarken

Zum Symbolbruch in Ostdeutschland



Ae 99-171: 2.Ex.

991743

Eine Ausstellung des Ludwig-Uhland-Instituts
der Universität Tübingen
im Haspelturm des Tübinger Schlosses
vom 15. November bis 22. Dezember 1991

N12<600850782 920



Universität Tübingen

Seminargruppe:

Marion Hamm, Iris Koch, Ulrike Murmann, Andreas Öhlschläger,
Sebastian Rapp, Franziska Roller, Boy Scheible, Angela Stach
Leitung: Bernd Jürgen Warneken

Ausstellung und Broschüre sind das Ergebnis eines Seminars im Sommersemester 1991

Reproduktionen: Dagmar Birk
Computersatz und Gestaltung: Gerhard Keim
Druck: Wolfgang Zeh, Erdmannhausen

ISBN: 3 - 925340 - 73 - 4

TÜBINGER VEREINIGUNG FÜR VOLKSKUNDE E.V.
Tübingen 1991

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
<i>Ulrike Murmann, Bernd Jürgen Warneken</i> Embleme und Parolen	5
<i>Marion Hamm, Franziska Roller, Angela Stach</i> Denkmäler	27
<i>Iris Koch, Sebastian Rapp</i> Graffiti	52
<i>Seminargruppe</i> Kennzeichen DDR	70
<i>Bernd Jürgen Warneken</i> „Aufrechter Gang“ Metamorphosen einer Metapher	76

Vorwort

Die Fotoausstellung „Wendemarken“ versucht, sich dem Umbruch in Ostdeutschland anhand von Umbrüchen in der öffentlichen Symbolik – vor allem in den Straßen Ostberlins – zu nähern.

Ein solcher Versuch hat seine Tücken. Der Begriff „Symbol“ legt es nahe, daß da etwas Einzelnes für etwas Ganzes stehe; tatsächlich ist ein Symbol aber auch nur ein kleiner Realitätsausschnitt. Der Blick der BesucherInnen fällt nicht nur deshalb so gern auf Embleme, Denkmäler, Graffiti, weil diese besonders aussagekräftig sind, sondern auch, weil man sie im Vorbeigehen so schnell erfassen und dokumentieren kann – insofern ähnelt der Blick der SymbolforscherInnen nicht selten dem „Blick des Touristen“. Und je schwerer es ist, komplexe Vorgänge in einer anderen Kultur zu begreifen, desto eher redet man sich ein, diese Vorgänge anhand scheinbar „typischer“, aber vor allem eben leicht zugänglicher und eingängiger Signale erfassen zu können.

Allerdings: Das Diskutieren über Symbole und das Agieren mit Symbolen war in der ostdeutschen Umbruchszeit nicht nur das Steckenpferd einer Minderheit. Viele der „Realkämpfe“ dieser Zeit wurden auch in der Form von „Symbolkämpfen“ ausgetragen – weshalb der Symbolwandel in Ostdeutschland durchaus auch die sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit verdient. Und wenn man sich bewußt hält, daß die Wirklichkeit der Zeichen nicht die ganze Wirklichkeit bezeichnet, bekommt unsere Beschäftigung mit der Straßensymbolik in

Ostdeutschland auch einen neuen, nicht mehr unbescheidenen Sinn: Sie verbindet sich dann mit dem Eingeständnis, daß wir uns der ostdeutschen Realität vom Äußerlichen und damit von außen her genähert haben – und nun vorsichtig versuchen, mithilfe der „Schrift an der Wand“ auch durch die Wand selbst zu dringen, die uns von der ostdeutschen Innenwelt noch immer trennt.

Embleme und Parolen

Vom Emblem zum Problem

Auf dem 2. Volkskongreß der SED 1948 wurde über die nationale Symbolik beschlossen: es sollten die Farben Schwarzrotgold sein - in Anlehnung an die der 1848er Revolution. Das DDR-spezifische Emblem entstand 1950 aus einem Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der Symbolik der BRD: Zuerst war es - der Hammer- und Sichel-symbolik der UdSSR entlehnt - ein Hammer im Ährenkranz, der für die Arbeiter und Bauern der Republik stand. 1953 kam der Zirkel hinzu, der die technische Intelligenz symbolisierte.

Öffentliche Verwendung fand das Symbol als Relief an staatsoffiziellen Gebäuden (Behörden, Bahnhöfen, Grenzstationen etc.), in Stein auf Denkmälern, auf Tafeln sowie vor allem als Fahne, als Anstecknadel oder Winkelement - genutzt als (Schau-)Fenster-schmuck sowie zum Winken bei Umzügen. Die Fahne wehte vom Brandenburger Tor und wurde an den Fest- und Feiertagen der Republik (v.a. 1.Mai, 7.Oktober) in den Straßen, an Häuserwänden, Fabrikfassaden und öffentlichen Einrichtungen angebracht - zum Teil nach Aufforderung durch die Festkommissionen. Bei der Dichte des festlichen Fahnengebrauchs konnte ein Gefälle Stadt/Land sowie Berlin/sonstige DDR ausgemacht werden. Im Laufe der 70er und 80er Jahre nahm die Verwendung und Bedeutung des Symbols als identitätsstiftendes Zeichen ab, es wurde weniger beflaggt und gewunken.

Im Herbst 1989 umging die Oppositionsbewegung, die den Staat DDR zunächst nicht in Frage stellte, das Staatssymbol. Erst nach der Maueröffnung und dem Aufkommen der „Wiedervereinigungsfrage“ wurde das DDR-Emblem zum Problemfall. DDR-Fahnen mit beschädigtem, halb oder ganz herausgeschnittenem „Handwerkszeug“ tauchten auf; mitunter wurde das „Herz“ der Fahne mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz sogar öffentlich verbrannt.

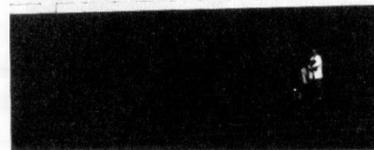
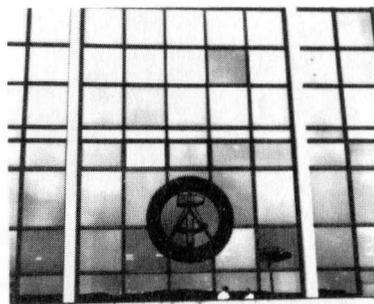
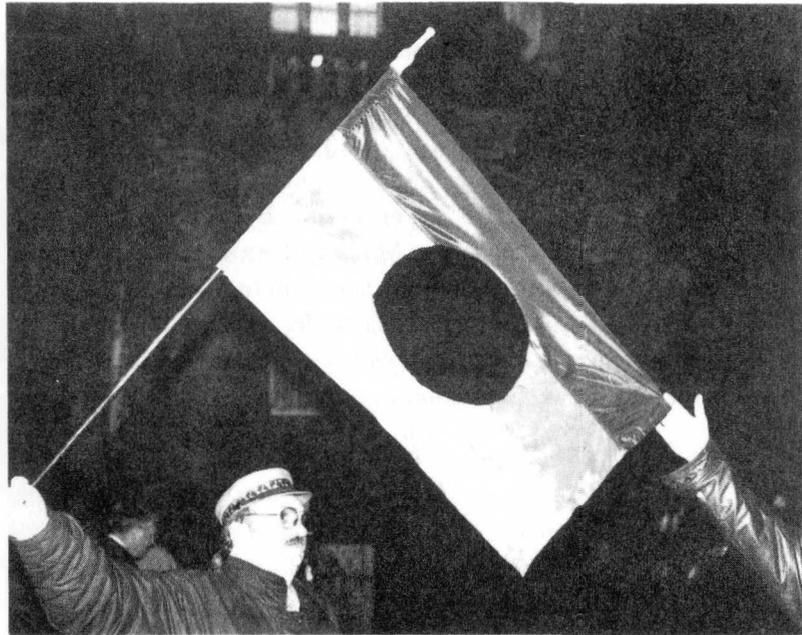
Eine andere, behutsamere Form des symbolischen Abschieds von der DDR war das Abtrennen des Emblems entlang der Naht. Zum

Teil war dies sicher Notbehelf, denn vor der großen Wahlkampfschlacht ab Februar 1990 waren nur wenige emblemlose Trikolore-Fahnen zu haben. In einigen Fällen wurden auch die Symbole beider deutscher Staaten - Hammer, Zirkel, Ährenkranz und Bundesadler - auf einer Fahne vereinigt.

Was die Akteure angeht, so waren es die BefürworterInnen der „Wiedervereinigung“, welche die Montagsdemonstrationen vor der Volkskammerwahl im Frühjahr 1990 dominierten und die Fahne in DDR-Abkehr und BRD-Bekennntnis aufteilten. Hier wurde eine gezielte „Entweihung“ des Symbols vorgenommen, was zu SED-Zeiten nicht gewagt werden konnte.



Demonstration zum 40. Jahrestag der DDR 1989 in Leipzig



Palast der Republik im Mai 1990



Scheiterhaufen, errichtet für den 3. Oktober in der Nähe eines thüringischen Dorfes bei Apolda

Bruderhände

Im Gegensatz zum DDR-Emblem waren die Bruderhände – das Symbol von SED und FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) – keine Eigenkreationen der DDR, sondern fußten auf historischen Vorbildern. Die Bruderhände, aus der christlichen Symbolik als „iunctio dextrarum“ (= Vereinigung der rechten Hände) bekannt, standen für Treue. Die frühe Arbeiterbewegung übernahm das Symbol und ergänzte es zum Teil um Handwerkszeug oder das nach oben gerichtete Schwert. Im Laufe des 1. Weltkrieges verloren die Bruderhände an Bedeutung. Die – nun gesplante – deutsche Arbeiterbewegung gab sich in den 20er Jahren neue Symbole.

Die ostdeutsche Arbeiterbewegung griff die Bruderhände wieder auf. Auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD am 21./22. April 1946 wurde das Symbol authentisch nachvollzogen: Otto Grotewohl für die SPD und Wilhelm Pieck für die KPD gaben sich die Hand. Der Augenzeuge Julius Bredenbeck berichtet darüber: „Ich sehe noch diese Szene vor mir: Auf die Bühne des Admiralspalastes treten – einer von links, einer von rechts, Pieck und Grotewohl. In der Mitte reichen sie sich die Hände. KPD und SPD vereinigen sich zur SED. Es wäre ungerecht, wenn ich verschweige, daß ein großer Teil der Delegierten mit feuchten Augen dagesessen hat. Wir waren berührt von dieser angeblichen historischen Stunde, wo sich Kommunisten und Sozialdemokraten die 'Bruderhand' gereicht haben.“

Das Foto dieses Handschlags wurde vielfach verbreitet und montiert. Der stilisierte Handschlag wurde als Relief an Einrichtungen der SED und des FDGB, auf Fahnen und Anstecknadeln angebracht. Das Symbol war somit im Alltag der DDR genauso gegenwärtig wie das Staatseblem; und wie dieses wurde es – vor allem die Parteinadel – im Laufe der 70er und der 80er Jahre immer weniger verwendet.

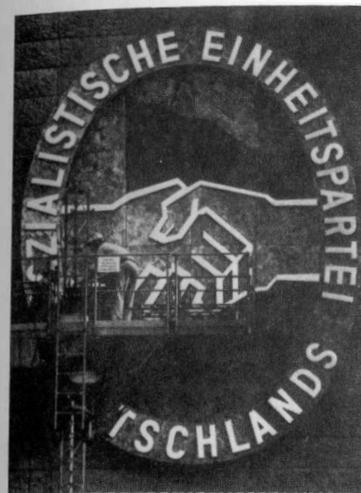
„Tschüss!“

Bei der großen Kundgebung vom 4.11.1989 auf dem Berliner Alexanderplatz wurden Meinungsunterschiede deutlich: Während die einen – darunter die Kundgebungssprecher Schabowski, Wolf und Gysi – noch auf den „Dialog“ setzten, wollten andere mit der SED nichts mehr zu tun haben. Ein berühmt gewordenes Transparent zeigt – sorgfältig gemalt – die Bruderhände und kommentiert sie mit einem großen „Tschüss“. Das Symbol der Vereinigung wird zur Abschiedsgeste umgedeutet. Auch das hinter der Vereinigung von KPD und SPD stehende Politikverständnis, das die politische Kultur der DDR geprägt hatte (Blockparteien, Nationale Front etc.) wurde auf Plakaten der Kundgebung kritisiert: „Einigkeit macht blind“.

Später fand offenbar kaum mehr eine kritische Auseinandersetzung mit dem Hände-Symbol statt, ebensowenig sind Zerstörungen übermittelt. Die Bruderhände – von denen sich die SED im Januar 1990 verabschiedete -verschwanden eher leise aus dem Alltag, die Parteinadeln waren dagegen bald begehrte Objekte auf dem Souvenirmarkt Brandenburger Tor.



Demonstration am 4.11.1989 auf dem Berliner Alexanderplatz



Transparent auf der Berliner Demonstration am 4.11.1989

Die Trotzig

Das DDR-Emblem wurde im Zuge der immer lauter werdenden Rufe nach „Deutschland, einig Vaterland“ zum Symbol der GegnerInnen einer „Wiedervereinigung“ und von meist jugendlichen Demonstrierenden neu angeeignet. Sie hatten sich überwiegend bereits zuvor vom DDR-System distanziert, im Herbst für eine Demokratisierung des Staates demonstriert und befürchteten jetzt, daß ein rascher Anschluß eine selbstbestimmte Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen unmöglich mache. Das DDR-Symbol erhielt nun eine neue, keineswegs SED-treue Qualität, die vor allem eine Abgrenzung zur BRD bedeutete und auch in Äußerungen wie „Durch die Wende bin ich erst DDR-Bürgerin geworden“ Ausdruck fand.

Mit zunehmender Vehemenz der „Wiedervereinigungs“-Rufe auf den Montagsdemonstrationen wurde das Mitführen der DDR-Fahnen immer gefährlicher. Die Bürgerrechtsgruppen zogen sich von den Demonstrationen zurück, weil sie keine Möglichkeit mehr sahen, ihre Forderungen dort zu vertreten. Engagement wurde für viele wieder innerlicher, in die Privaträume verlagert. Das zeigte sich auch daran, daß nun „Winkelemente“ mit DDR-Emblem in Blumenkästen von Wohnungen auftauchten. Nach der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 wurde die DDR-Fahne des öfteren zum Symbol des Protests gegen den Wahlausgang. Auch in besetzten Häusern wurde und wird die „heimatliche“ DDR-Fahne verwendet, aus Fenstern gehängt, an Hauswänden befestigt.

Im Zuge vermehrter Enthüllungen, vor allem über die Stasi, und damit zunehmender Diskreditierung des Staates DDR wurde dessen Symbol insgesamt seltener gezeigt, auch bei Leuten mit Anti-BRD-Haltung. Bei den Demonstrationen, die ab Sommer 1990 wieder stattfanden (gegen „Abwicklung“, drohende Arbeitslosigkeit etc.), fand das DDR-Emblem offenbar nur selten Verwendung.

Die PDS hielt allerdings daran fest – vielleicht in Ermangelung eines neuen und eigenen Symbols; sie zeigte die DDR-Fahne z.B. auf der Maikundgebung von 1990 und tut dies heutzutage noch, so auf der Berliner Kundgebung vom 3. Oktober 1991. Auch bei den Protesten gegen die Demontage des Ostberliner Lenindenkmals tauchte, als der Tag des Abbaus nahte, neben Trauerflor und Abschiedsgedichten die Fahne mit Hammer und Zirkel wieder auf.

Fußball-Hooligans des einstigen „Stasi-Clubs“ FC Berlin schwenkten bei Spielen ihres Vereins die DDR-Fahne als „ätzendes“ Symbol und grölten dazu „Erich Mielke – unser Führer“ oder skandierten: „FDJ, SED, Nationale Volksarmee!“

Die Bruderhände hingegen scheinen fast gänzlich vergessen. Das Symbol wurde wohl eindeutig mit der SED gleichgesetzt, eine Anknüpfung an seine alte Bedeutung in der Arbeiterbewegungstradition fand nicht statt. Auf dem Marx-Engels-Forum in Berlin wurde der Original-Händedruck von Grotewohl und Pieck allerdings mit einem roten Herzen liebevoll umrahmt (angebracht im Frühjahr 1991).

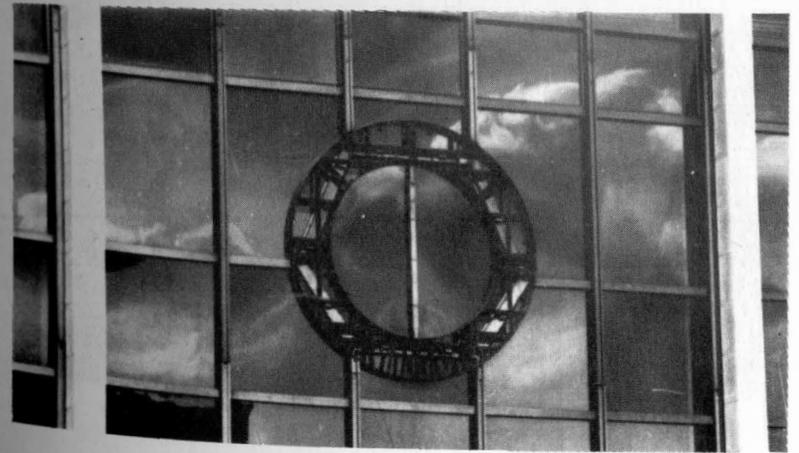


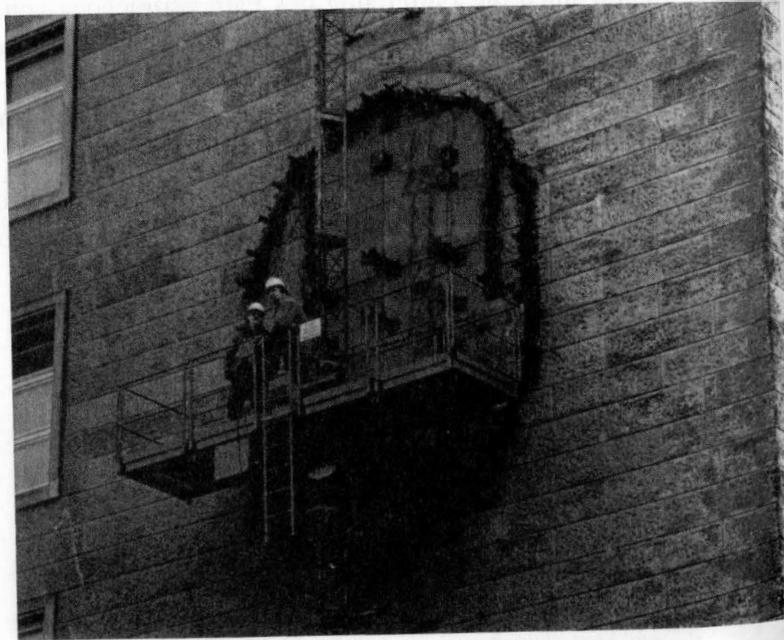
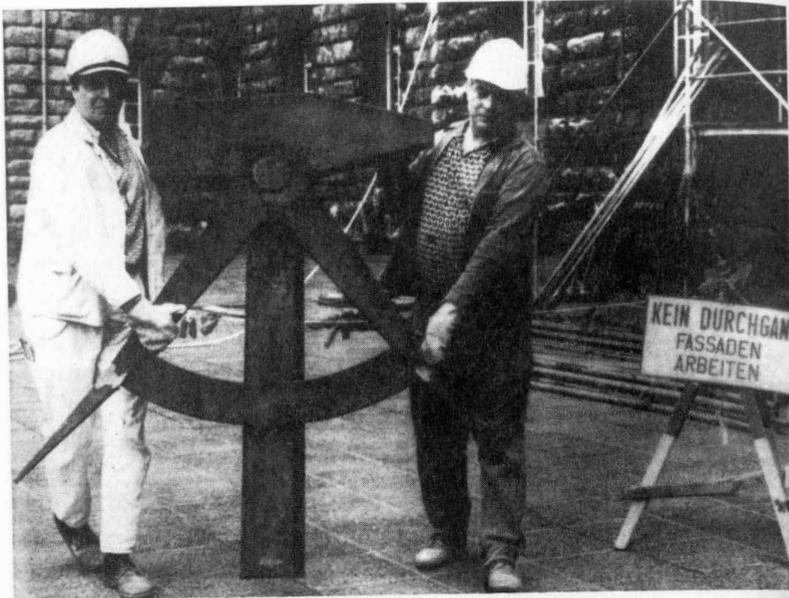


Ausverkauf

Die offizielle Demontage folgte im Falle des Staatssymbols der durch die Bevölkerung vorgenommenen weitaus später als bei den Bruderhänden. Die Abschaffung des Staatssymbols wurde auf einer Volkskammersitzung am 29./30. Mai 1990 beschlossen. Innerhalb einer Woche sollte es von allen öffentlichen Gebäuden entfernt oder, wo dies so rasch nicht möglich war, wenigstens zugedeckt werden. Das Symbol der SED wurde – zugleich mit der Umbenennung der SED in SED-PDS – auf der Sitzung des Parteivorstandes am 20./21. Januar 1990 abgeschafft.

Die Beurteilung der – zum Teil schwierigen und aufwendigen – Demontearbeiten war sicher unterschiedlich. Erich Honecker antwortete auf die Frage: „Können Sie sich an besonders schlimme Momente für Sie erinnern?“ folgendermaßen: „Ein ganz schlimmer Moment war für mich die Entfernung des Parteiabzeichens vom Haus des Zentralkomitees der Partei und die Tatsache, daß der Vorsitzende der Partei, Gysi, dabei stand und sich auch noch belustigte über die Abnahme diese Abzeichens. Schließlich war es doch Ausdruck für die Einheit der Arbeiterklasse, die sich nach 1945 aufgrund der Lehren der Vergangenheit herausgebildet hatte.“ (Andert/Herzberg: Der Sturz. Berlin 1990)





„Wir sind das Volk!“

Die berühmteste Parole des DDR-Umbruchs entsteht in Gegenwehr gegen die anfängliche Diffamierung der Leipziger Montagsdemonstrationen als bloßes „Rowdytum“. „Wir sind keine Rowdys! Wir sind das Volk!“, rufen DemonstrantInnen in Leipzig am 9. Oktober 1989.

Eine Neuerung ist dies „Wir sind das Volk!“ dabei nicht: Schon 1968 riefen demonstrierende Studenten in den USA der Polizei „We are the folk!“ entgegen. (Das ist übrigens nicht der einzige Bezug der 1989er-Proteste zu den Protestbewegungen der 60er Jahre: Die erste Leipziger Demonstration am 29. September 1989 z.B. beginnt mit dem Lied „We shall overcome“.) Die sei's wieder aufgenommene, sei's neu entdeckte Parole hatte freilich in der DDR ihre eigene Bedeutung und einen ganz besonderen Stellenwert: Mit ihrem „Wir sind das Volk!“ erhoben die Demonstrierenden Anspruch auf einen der ehrenvollsten Namen, den eine sich sozialistisch nennende Gesellschaft zu vergeben hatte, und machten diesen Ehrennamen zugleich ihren Gegnern von der „Volkspolizei“ und der „Leipziger Volkszeitung“ streitig.

Viele Beobachter nahmen die Parole als Zeichen eines neuen Selbstbewußtseins in der DDR-Bevölkerung. Doch dieser Anschein trog – oder galt nur für kurze Zeit. Bald tauchten nostalgische oder parodistische Wendungen des einst so stolzen Spruches auf. Der auf einer Ostberliner Kundgebung am 4. November 1990 gezeigte Slogan „Wir waren das Volk“ ging als Symbol der depressiven Phase des DDR-Umbruchs durch die Presse.



Oben: Leipziger Montagsdemonstration, November 1989
 Unten: Dieser Trabant gehörte zum Konvoi des „Anachronistischen Zugs“ der Ende 1990 von Bonn nach Berlin fuhr

„Wir sind ein Volk!“

Es ist wenig bekannt, daß der Spruch „Wir sind ein Volk“ zunächst gar nicht auf die deutsche Vereinigung abzielte. Er taucht zum ersten Mal am 9. Oktober 1989 in einem Flugblatt von Leipziger Bürgerrechtlern auf und bezieht sich auf das Verhältnis von Demonstranten und Polizei: „An die Einsatzkräfte appellieren wir: Enthaltet Euch der Gewalt! Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt! Wir sind ein Volk! Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden!“ Erst nach der Öffnung der Mauer wird die Parole in der Bedeutung „Wir Deutschen in Ost und West sind ein Volk“ verwendet.

Im Frühjahr 1990, als die Wiedervereinigung beschlossene Sache ist, erhält das „Wir sind ein Volk!“ einen neuen Akzent: Angesichts wachsender Besorgnisse, die DDR-Bevölkerung werde in Gesamtdeutschland zu „Bürgern zweiter Klasse“ degradiert, drückt der Wahlspruch nun den Wunsch nach Gleichberechtigung und gleichem Lebensstandard aus. Die Ost-CDU zieht mit einem Plakat „Wir sind ein Volk! Wohlstand für alle!“ in den Wahlkampf, die PDS klebt während der Debatte um den Umtauschkurs der Ostmark Zettel mit der Forderung „Wir sind ein Volk: 1:1“.

Nach der deutschen Vereinigung mehren sich satirische Verwendungen der Parole. Unter anderem macht ein Witz die Runde: „Ossi zu Wessi: ‘Wir sind ein Volk!’ Wessi zu Ossi: ‘Wir auch!’“



Oben: Leipziger Montagsdemonstration, März 1990
Unten: Wahlkampfreste, April 1991



Wahlkampfplakat in Ostberlin, März 1990

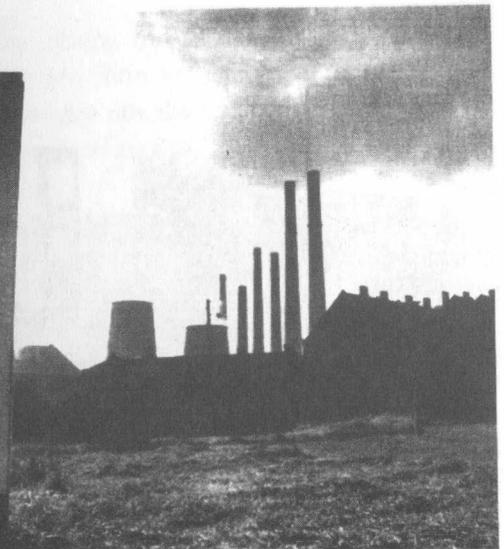
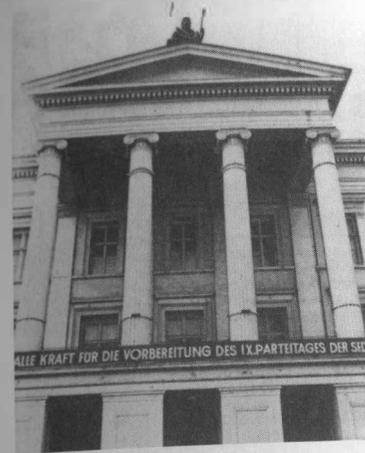
Sprüche...

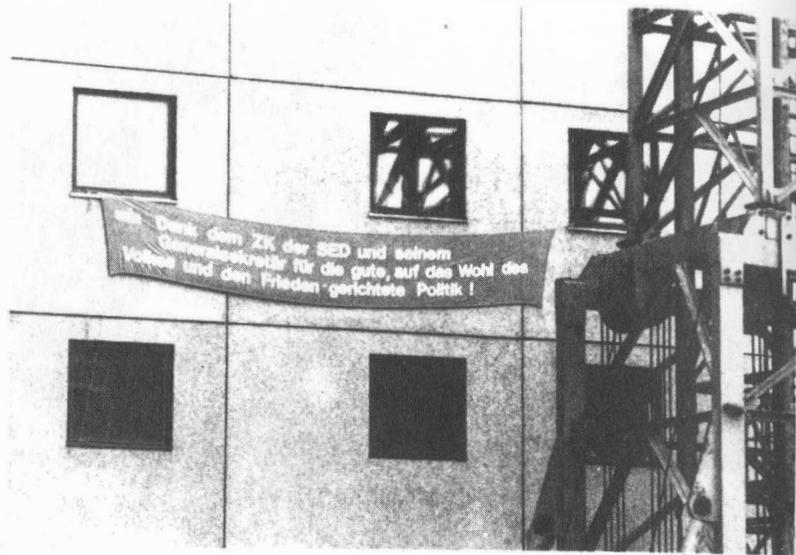
Parolen waren in der DDR allgegenwärtig und fielen westlichen Besuchern vor allem auch deswegen auf, weil die Bepflasterung von Häusern und Mauern mit Werbeplakaten fast völlig fehlte. Die Parolen dienten der Propagierung der Ideen und der „Moral“ des sich sozialistisch verstehenden Staates, sollten identitätsstiftend wirken und hierbei die begrenzten materiellen Anreize ersetzen bzw. ergänzen. Nach dem Umbruch wurde die Kritik an dieser Agitationsform öffentlich: „Die Partei ließ das ganze Land mit roten Losungen vollhängen, die nichts weiter bewirkten, als die Häuser weiter zu verschandeln.“ (Friedrich Schorlemmer)

Angebracht waren die Parolen entweder auf Transparenten oder Stelltafeln, vor allem an Gebäuden von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, an Stadt- und Ortsrändern, an (Hauptverkehrs-)Straßen, mitgeführt wurden sie bei Umzügen für festliche Anlässe. Für diese wurden einige Wochen zuvor vom ZK der SED im „Neuen Deutschland“ ca. 50 Losungen veröffentlicht. Jedoch auch selbstkreierte Parolen durften getragen werden – allerdings nur mit Genehmigung der SED-Kreisleitung.

Inhaltlich lassen sich die Parolen in folgende Bereiche unterteilen: a) aus der deutschen Arbeiterbewegung übernommene; b) Zitate oder Porträts von Vordenkern wie Marx, Engels, Lenin; c) DDR-bezogene Parolen, meist in Form von „Liebeserklärungen“ an den und Bekenntnissen zum Staat; d) Beteuerungen der internationalen Solidarität; e) leistungs- und plansollorientierte Parolen, häufig zu finden an Betrieben sowie bei Umzügen.

DDR-bezogene und leistungsorientierte Parolen waren am meisten anzutreffen. Zu konstatieren ist ein Stadt-Land-Gefälle bei der Häufigkeit der Parolen sowie eine auffällige Abnahme im Laufe der 70er und 80er Jahre – vor allem im Vergleich mit der UdSSR. Ab 1985 gab es immer mehr kritische und ungenehmigte Parolen.





...und Widersprüche

Die Opposition in der DDR schuf sich eine Vielzahl von Parolen, die zunächst Demokratisierung, dann auch die deutsche Vereinigung einforderten. Ein kleinerer Teil setzte sich kritisch mit Losungen des SED-Staats und der deutschen Arbeiterbewegung auseinander.

„Deutschland, einig Vaterland“, die ab Winter 1989/90 wohl meistgehörte und meistgelesene Parole, stammt aus der Nationalhymne der DDR. Johannes R. Bechers Text begann mit der Strophe: „Auferstanden aus Ruinen / Und der Zukunft zugewandt, / Laß uns Dir zum Guten dienen, / Deutschland, einig Vaterland“. Der Text der Hymne wurde ab 1974 – als der indirekt auf Wiedervereinigung zielende Passus aus der DDR-Verfassung gestrichen wurde – offiziell nicht mehr gesungen. Trotzdem war er im kollektiven Gedächtnis von großen Teilen der DDR-Bevölkerung, zumindest bei der älteren Generation, fest verankert. Ebenso das Zitat „Auferstanden aus Ruinen“, das im Jahr 1989 eine ironische, ja sarkastische Wendung erhielt.

Auch DDR-Losungen wie „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ wurden mit neuem, kritischem Sinn versehen, wie Christa Wolf sagte: „Wir drehen alte Losungen um, die uns gedrückt und verletzt haben, und geben sie postwendend zurück.“ (Rede am 4.11.1989 auf dem Alexanderplatz)



Privilegierte
aller Länder
beseitigt euch!



Denkmäler

Bildersturm in Moskau, Tirana, Budapest und Chemnitz – in Berlin aber stehen die großen Denkmäler der realsozialistischen Ära fast alle noch auf ihren Sockeln – bislang ungestürzt, aber nicht unberührt. In der öffentlichen Auseinandersetzung um die Zukunft der DDR-Denkmäler operieren die Abrißbefürworter meist mit Begriffen wie „sozialistische Monumentalkunst“, „Kunstscheußlichkeiten“, „hochgesockelte Unkunst“.

Die Verteidiger der Denkmäler betonen vor allem deren historischen Dokumentationswert. Sie lehnen eine Gleichsetzung der Denkmäler mit den Absichten ihrer Auftraggeber ab und befürchten eine Verdrängung der Vergangenheit durch Entfernung ihrer sichtbaren Zeugnisse. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen dabei die Großdenkmäler, obwohl es sich bei der Mehrheit der politischen Denkmäler um kleine Gedenksteine und Tafeln handelt. Die Beseitigungsanstrengungen gehen hauptsächlich von Stadtparlamenten und administrativen Stellen wie z.B. Bezirksgartenämtern oder der Bauverwaltung aus. Die Meinung der betroffenen Anwohner ist dagegen um einiges differenzierter:

„Ich finde es idiotisch, wenn man den Lenin jetzt wegbringt. Für zwei Millionen Mark, wo wir schon keens (Geld) haben. Außerdem kann Lenin ooch nischt dafür.“

„Das Denkmal (Lenin) ist zwar nicht geschmackvoll, sollte aber stehenbleiben.“

„Die Kaiser und Könige läßt man ja auch stehen, auch wenn sie wenig geschmackvoll sind.“

„Stehenlassen, die haben ja auch einiges geleistet, obwohl se jetzt auch veraltet sind.“

„Ick bin der Meinung: Alles Politische muß weg. Der Neptun kann stehenbleiben. Der ist neutral.“

„Wenn man wütend ist, dann vergißt man, das abzugrenzen, wogegen man eigentlich wütend ist oder sein sollte.“

Diese Zitate stammen aus über 30 Interviews, die wir, drei Studentinnen, im Mai 1991 in Ostberlin vor verschiedenen Denkmälern gemacht haben. Hintergründe für die gegenwärtige Auseinandersetzung erarbeiteten wir anhand von Sekundärliteratur, Presseberichten

und des Katalogs „Erhalten Zerstören Verändern“ zu einer Ausstellung im Berliner Aktiven Museum Faschismus und Widerstand. Besonders danken für Beratung und Information möchten wir Frau Prof. Ute Mohrmann von der Berliner Humboldt-Universität und Eberhard Elfert von der Initiative Politische Denkmäler der DDR – Sektion Berlin.



Da sind sich alle einig

Marx, Lenin, Thälmann - Stürzt sie endlich vom Sockel

Berlin - Wenn Peter Kehlly (32) in der Mitte steht, schaut Lenin zu. Der Arbeiterführer ist in der Mitte der Bildhauergestaltung, wobei an der Spitze ein 19 Meter hoher Lenin-Denkmal steht. Wenn ich eine Hand ausstrecke und den Kopf schüttle, schimpft Kehlly: „Wieso stürzt sie ihn von den neuen Bundesländern ab?“

Stürzt die Kommunisten den Lenin-Denkmal ab? Die Bildhauer begegnen sie nach den Bildhauergestaltungen und monumentale Schrifttitel in Bronze, Granit, Edelstahl und

Wien Peter Kehlly (32) in der Mitte steht, schaut Lenin zu. Der Arbeiterführer ist in der Mitte der Bildhauergestaltung, wobei an der Spitze ein 19 Meter hoher Lenin-Denkmal steht. Wenn ich eine Hand ausstrecke und den Kopf schüttle, schimpft Kehlly: „Wieso stürzt sie ihn von den neuen Bundesländern ab?“

Stürzt die Kommunisten den Lenin-Denkmal ab? Die Bildhauer begegnen sie nach den Bildhauergestaltungen und monumentale Schrifttitel in Bronze, Granit, Edelstahl und

„Reißt die roten Denkmäler ab!“

Überall verhandeln die kommunistischen Denkmäler noch die Substanz. Sie haben die Blätter genug. Geben, fordern: Politikum, Bericht Seite 1

Die Großen Themen

Die Denkmäler in Ostberlin ziehen eine historische Linie von den Bauernkriegen über 1848 und die Oktoberrevolution 1918 bis zum realexistierenden Sozialismus der vergangenen Jahrzehnte. Die Existenz der DDR wird dabei als logische Konsequenz dieser revolutionären Ereignisse verstanden. Dabei lassen sich drei wichtige Themenbereiche unterscheiden:

1. Antifaschismus

Bereits in der Anfangszeit der DDR entstanden zahlreiche Plastiken, Gedenksteine und Tafeln, die an den Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus und seine Opfer erinnern. Gleichzeitig sollten sie „überzeugend das antifaschistische Wesen des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden zum Ausdruck bringen“ (R. Hoffmann 1987) und damit eine eigene Staatsidentität schaffen helfen.

2. Geschichte der DDR

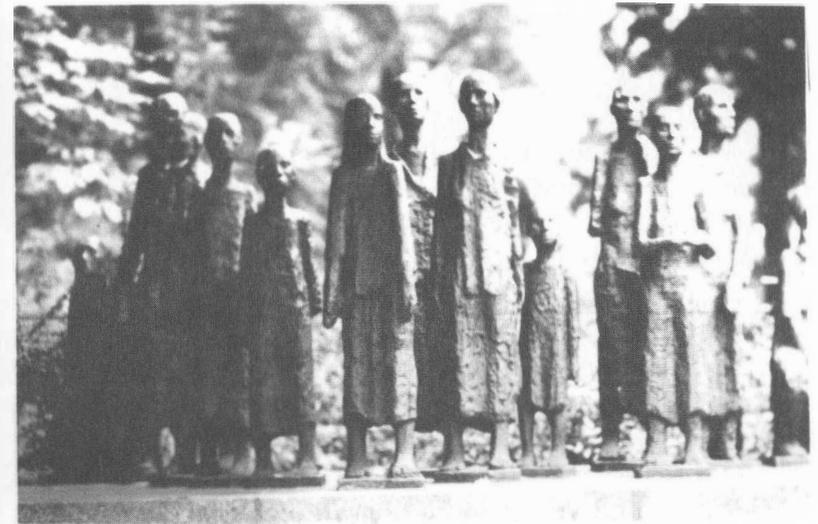
Denkmäler, die den Aufbau der DDR und deren Leitbilder darstellen, finden sich seit den siebziger Jahren vor allem in Form von Figurengruppen, Einzelfiguren und Gedenktafeln, aber auch abstrakten Darstellungen. Im DDR-Staatsverständnis hatte Kunst „die Aufgabe, am Bewußtsein der Menschen mitzuformen, aus denen sich diese Gesellschaft zusammensetzt und die gemeinschaftlich deren ökonomische Basis ausbauen und ihre Potenzen planvoll entfalten“ (P.H. Feist 1965). So sollten diese Denkmäler Optimismus ausstrahlen und die Leistung von Staat und SED hervorheben.

3. „(Groß-)Väter“ des Sozialismus

Hierunter fallen Großdenkmäler wie die von Marx/ Engels und Thälmann, die Mitte der achtziger Jahre eingeweiht wurden. Dar-

stellungsweise und Größe bringen einen ausgeprägten Personenkult zum Ausdruck – die DDR sollte als Werk dieser Ideenträger verstanden werden. Diese idealisierende Monumentalisierung erstreckte sich allerdings nicht auf führende DDR-Politiker wie Pieck, Ulbricht oder Honecker.

Interessanterweise wurde ebenfalls in den 1980er Jahren auch der Alte Fritz wieder auf den Sockel gestellt. Damit stellte sich die DDR wieder in die Traditionslinie Preußens, so wie sie auch bei der Einkleidung der NVA preußische Uniformen zum Vorbild genommen hatte.



Oben: Gedenkstein für ermordete jüdische Bürger mit einer Figurengruppe von Willi Lammert, Große Hamburger Straße
Links: Denkmal des sozialistischen Aufbaus, Allee der Kosmonauten/ Marchwitzstraße
Rechts: Denkmal Friedrichs II, Unter den Linden

Staatsakt und Stelldichein

Zum Konzept großer Denkmäler in der DDR gehörte die Einbeziehung des architektonischen Umraums zur Schaffung eines Gesamtkunstwerks. Umliegende Wohnungen, die offenbar häufig Privilegierten vorbehalten waren, wurden optisch auf das Denkmal ausgerichtet, so in Berlin bei Thälmann und Lenin. Große Plätze ermöglichten die Selbstdarstellung des Staates bei Aufmärschen und Kranzniederlegungen. Während der 70er und 80er Jahre wurde der Brauch propagiert, bei der Hochzeitsfeier Sträuße vor Denkmälern des antifaschistischen Widerstands und sowjetischen Ehrenmalen niederzulegen. Dies wurde in der DDR im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern nie ganz populär; Ehrenhaine waren dennoch eine beliebte Kulisse für das Hochzeitsfoto.

Denkmäler symbolisierten neben der offiziell gewünschten und propagierten Bedeutung wichtige Lebensabschnitte und Ereignisse: Die Statue der Aufbauhelferin z.B., die 1958 anlässlich des Baus der Stalinallee aufgestellt wurde, ist für viele ein Symbol für die eigenen Leistungen in der Nachkriegszeit und stellt das eigene Lebensgefühl in diesen Jahren dar: „Zuversichtlich und mit Schwung“ (Passantin).

Und auch das alltägliche Leben gibt den Denkmälern eine eigene Qualität. Sie können als Treffpunkt benutzt werden, sind Spielplatz und gewohnte Umgebung beim Blick aus dem Fenster: „Wo ich wohne, brauche ich niemandem lange zu erklären. Den Lenin kennt jeder“ (Anliegerin).

Auf der anderen Seite sind es gerade Erinnerungen, die die Denkmäler zum Stein des Anstoßes für diejenigen machen, die versuchen, ihre eigene Lebensgeschichte von der DDR-Vergangenheit zu lösen: „Det is Erinnerung, und Erinnerung soll man wegwischen. (...) Das alte Leben ist aus. Wir müssen in der Zukunft leben, nicht in der Vergangenheit“ (Anlieger).



Oben links: Offizielle Kranzniederlegung am Treptower Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten

Oben rechts: Blumen am Fuß einer Soldatenfigur des Treptower Ehrenmals
Unten: Kranzniederlegung an einem Denkmal anlässlich eines Treffens der Partnerstädte Pskow und Gera in Jena

Geschützt, verschont, übersehen

Es gibt nur wenige Denkmäler, die noch unberührt wie in DDR-Zeiten dastehen. Teilweise sind sie relativ unauffällig oder stehen versteckt. Einige wecken aber auch positive Erinnerungen an die eigene Geschichte, wie z.B. das Denkmal der Aufbauhelferin vor dem Roten Rathaus, das von vielen OstberlinerInnen als Symbol für die hoffnungsvolle Anfangszeit des jungen sozialistischen Staates empfunden wird.

Ein anderer Grund für weitgehende Unversehrtheit ist die strenge Bewachung, wie am Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park. Als dort noch keine Wachen standen, wurde zwar auch dieses Denkmal beschmiert, doch wird es von vielen als berechnete Würdigung der Befreiung Berlins durch „die Russen“ gesehen, und man erinnert auch die Arbeitsleistung der Trümmerfrauen, die das Monument aus Steinen des Reichstags bauten.

Die exponiert aufgestellten Denkmäler für Bertolt Brecht, Heinrich Heine und Käthe Kollwitz stehen für politisch engagierte KünstlerInnen, auf deren Werke sich der SED-Staat oft berief, die aber auch in der Bundesrepublik anerkannt sind.



Bertolt-Brecht-Denkmal



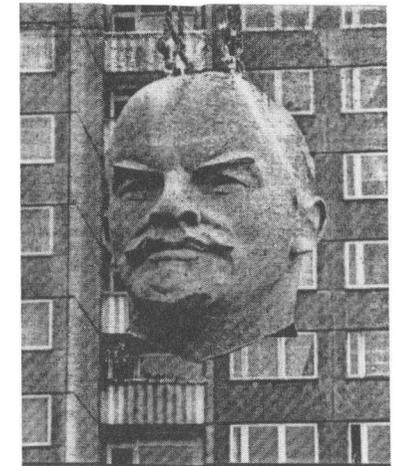
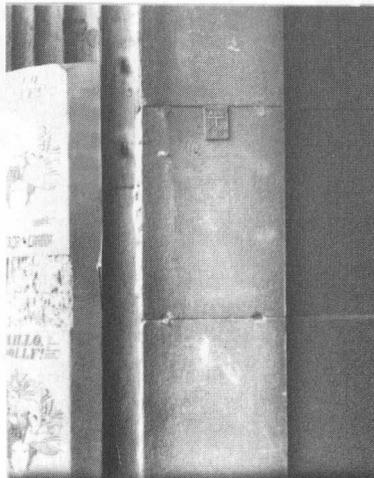
Aufbauhelferin vor dem Roten Rathaus

Aus den Augen, aus dem Sinn?

Aus dem Stadtbild verschwunden sind vor allem die Denkmäler, die an die politische Geschichte der DDR, vielleicht auch an das eigene Mitmachen erinnern. Die Tafel zum Gründungsparteitag der SED hing bis April 1990 am Metropoltheater in der Friedrichstraße und tauchte unversehens im Hof des Märkischen Museums wieder auf – ein Zeichen für den Wunsch, die eigene Geschichte aus dem alltäglichen Umfeld zu verbannen und doch in Erinnerung zu (be)halten. Auf diese Weise entledigten sich wohl viele administrative Stellen, Banken und Kultureinrichtungen ihrer unliebsamen Vergangenheit. Daß im Juni 1990 Schriftstelen mit Honecker-Zitaten vom Thälmann-Denkmal entfernt und ins Museum gebracht wurden, weist in die gleiche Richtung.

Andere Tafeln fielen – wohl aufgrund ihres handlichen Formats – wahrscheinlich Souvenirjägern zum Opfer, wie die Tafel für Engels in der Friedrichstraße, die abgeschraubt wurde, während die darüber eingelassene Bronzemedaille unversehrt blieb.

Eingang des Metropol
Theaters in der
Friedrichstraße. Hier
befand sich die Ge-
denktafel für den
Gründungsparteitag
der SED



Links: Gedenktafel für Friedrich
Engels in der Friedrichstraße.
Die abmontierte Inschrift lautete:
„Friedrich Engels, 28. Nov. 1820 -
5. Aug. 1895. Der Mitbegründer des
wissenschaftlichen Sozialismus und
Kampfgefährte von Karl Marx
wohnte 1841/42 in diesem Hause.“
Rechts oben und unten: Lenins
„Enthauptung“

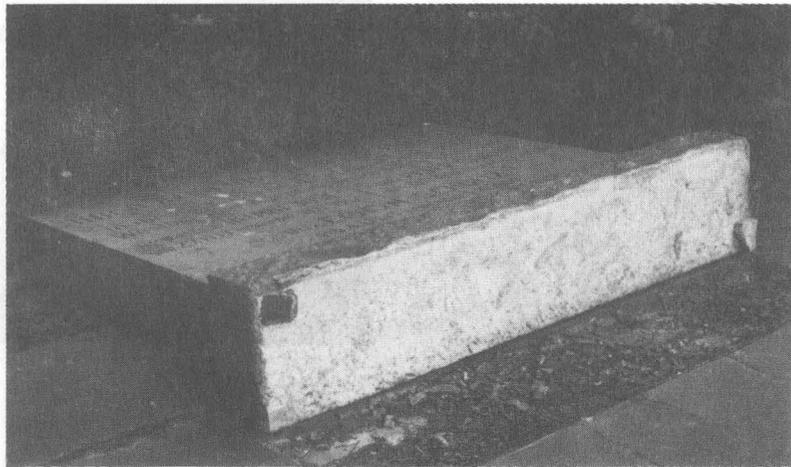


Beschädigen, zerstören

Zeugnisse, die sich konkret auf die SED-Politik beziehen, wurden oft nicht abtransportiert und musealisiert, sondern einfach zer schlagen oder umgestoßen. Der Gedenkstein am Kupfergraben, der an erschossene Volkspolizisten und Grenzsoldaten erinnert, wurde aus seiner Verankerung gerissen und umgekippt, so daß von der Straße aus nur noch der Sockelboden sichtbar ist.

Die wiederholte Zerstörung der Gedenktafel am S-Bahnhof Friedrichstraße, die an Naziverbrechen erinnert, kann als rechtsradikale Meinungsäußerung gedeutet werden.

Allerdings geschehen diese Zerstörungen heimlich; der vielbeschworene Volkszorn hat sich in Ostdeutschland nie öffentlich an den großen Denkmälern entladen. Auch die Zerstörungsakte einzelner wird kaum einmal gebilligt, man wartet lieber offizielle Entscheidungen ab.



Umgestoßener Gedenkstein für Angehörige der Volkspolizei und der Grenztruppen, Am Kupfergraben



Zerstörte Erläuterungstafel am Betriebskampfgruppendenkmal, Prenzlauer Berg



Erneuerte Gedenktafel am S-Bahnhof Friedrichstraße

Ironisieren, polemisieren

Manche Denkmäler wurden durch Farbe nicht einfach bemalt, sondern konkret kommentiert. Bei Monumenten, die ganz direkt zur Legitimation der Staatspolitik dienten, sind die Kommentare größtenteils spöttisch, wie bei Thälmann: „Hättet ihr’s nicht ne Nummer größer!“, man findet aber auch einstige SA-Parolen wie „Rotfront ver(r)eke“.

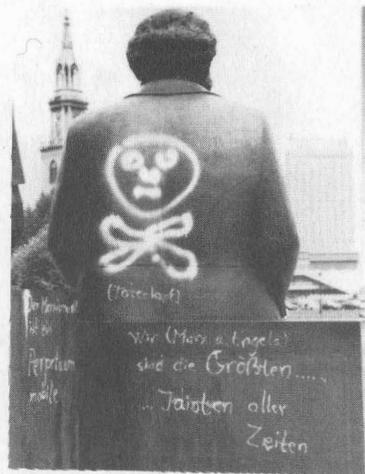
Denkmäler für Personen, die von der Bevölkerung als Täter gesehen und im Denkmal als Opfer dargestellt werden, sind besonderen Angriffen ausgesetzt. Aus dem Denkmal für erschossene Grenzer sind nicht nur einige Buchstaben herausgebrochen, es ist auch rot mit „Mord“ und „Tod“ besprüht, und neben einem Strichmännchen am Galgen lassen sich die Initialen „EH“ (Erich Honeker) entziffern.

Das Marx-Engels-Denkmal steht seit 1986 im Zentrum eines für Aufmärsche konzipierten Platzes. Die ersten Kommentare auf dem Sockel des „Rentnerdenkmals“, in dem Resignation unwillentlich mitkomponiert zu sein scheint, zeugen noch von Sympathie für die Ideen, die beide verkörperten. Doch mit dem Schwinden der Vereinigungseuphorie vergeht auch die wehmütige Melancholie ihrer Kritiker. Im Sommer 1991 werden die auf den Sockel gesprühten Sprüche verschärft, und im Herbst darauf werden sogar die Figuren selbst ganz respektlos mit antimarxistischen Parolen beschriftet.

Touristen benützen das Denkmal gerne, um sich in koketter oder jovialer Pose vor den ernsthaften Herren, die nicht mehr ernst genommen werden, fotografieren zu lassen.



Marx-Engels-Denkmal vor dem Palast der Republik im Mai 1991



Oben: Marx-Engels-Denkmal im Juli ...
Unten: ...und im September 1991

Entweihen und anschmieren

Polemik kann auch ohne Worte auskommen. Zum Teil sind höchst einfallsreiche Ent-Würdigungen zu beobachten:

Die bunte Bemalung des Kampfgruppendenkmals – rosa Gewehre und rote Köpfe – verwandelt das Ehrenmal in eine Persiflage seiner selbst, und der zielsicher unter die Gürtellinie gesprühte Farbfleck holt die monumentalen Arbeiterhelden auf eine menschliche Ebene zurück. Aber auch hier findet sich neben kreativer Veränderung Zerstörungswut, der eine bloße Kommentierung des Denkmals durch eine Erläuterungstafel nicht entschieden genug ist. Die Feuerschale der längst erloschenen Ewigen Flamme am Denkmal für erschossene Grenzer wurde genüßlich umgenutzt, um Parteiprogramme zu verbrennen, deren Wahrung und Umsetzung sie weihervoll versinnbildlichen sollten.

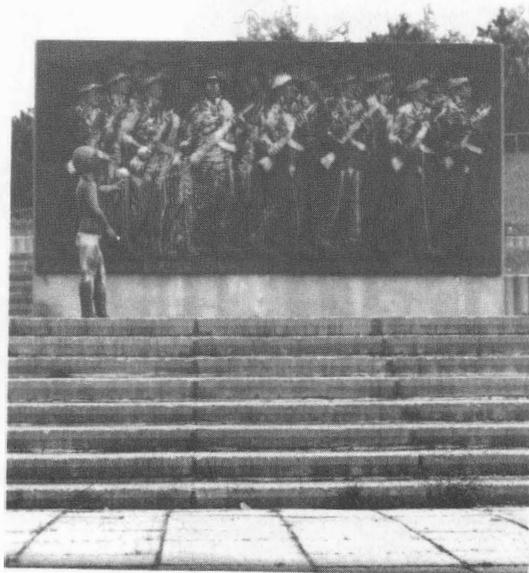


Denkmal für ermordete Grenzsoldaten,
Reinhold-Huhn-Straße

Feuerschale am Denkmal für ermordete Grenzsoldaten, Reinhold-Huhn-Straße



Betriebskampfgruppenedenkmal am Prenzlauer Berg

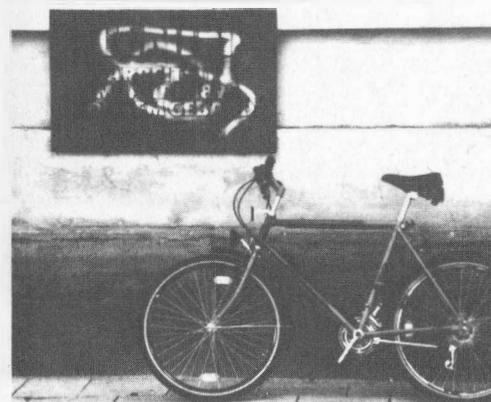


Umnutzen

Viele Denkmäler wurden inzwischen durch Graffiti 'angeeignet'. Zahllose Einzelaufschriften lassen auf rege Benutzung der Denkmalsplätze durch Jugendliche schließen. Bei kleineren Gedenkplatten werden die Textzeilen oft einfach mit einem Liniengewirr aus der Sprühdose überzogen.

Hin und wieder werden aber auch politische Schlagworte zitiert und umgeformt, wie „Skatefront“ am Ernst-Thälmann-Denkmal, vor dem sich ein großer Platz befindet. Eigentlich für Aufmärsche errichtet, ist er in der Tat wie geschaffen zum Skateboardfahren. Die neue Verwendung des Platzes als Maltafel zeigt sich auch im Sprayen von „tags“ oder von Liebeserklärungen. Die jahrelang geforderte Achtung vor den Denkmälern wird damit aufgehoben, das Alte wird einfach zugemalt und damit für nichtig erklärt. Die neue Botschaft ist: Ich bin wichtig, nicht die Vergangenheit.

Viele Erwachsene mißbilligen diese Form des Umgangs; sie sind – unabhängig von ihrer Haltung zu den einzelnen Denkmälern – gegen das „Geschmiere“; anderen gefällt es: „Schön, daß die Kinder so drauf rummalen. Schade, daß sie nicht bis oben hin kommen, das hätte dem Thälmann bestimmt gefallen.“ (Anwohner)



Gedenktafel für W.I. Lenin am Eingang der Alten Bibliothek. Inschrift: „Lenin arbeitete im Jahre 1895 in diesem Gebäude, ehemals Königliche Bibliothek.“



Oben: Ernst-Thälmann-Denkmal, Prenzlauer Berg, von Lew Kerbel (1986)
 Unten: Schriftzug auf dem Ernst-Thälmann-Denkmal

Vorschläge von oben/von unten

Bei der Forderung nach Abriß der Großdenkmäler wird oft die politische Aussage der Denkmäler gar nicht erwähnt, sondern man argumentiert mit der „künstlerischen Unzulänglichkeit“ der Monumente. Der Grafiker Joachim John z.B. sieht die Beseitigung der „Monumente einer zeitweisen Gewissensschwäche“ als „notwendige Hygiene, die Reinigung einer gegenwärtigen und zukünftigen Hauptstadt.“

Lenin wurde am 3. Oktober 1991 nur deshalb nicht „zur Feier des Tages“ abgerissen, weil er noch denkmalgeschützt war. Kurz zuvor war noch die Verpackung des Monuments durch Christo in der Diskussion gewesen, inzwischen hat die Demontage des Lenin-denkmals bereits begonnen. Doch die Sensibilität der Bevölkerung ist gewachsen. Eine Anwohnerin: „Es geht gar nicht um Lenin. Es geht doch darum, daß uns die Wessis gar nichts lassen wollen.“ („Spiegel“ 11.11.91) Auf den Senatsbeschluß, das Monument zu entfernen, folgte mit Demonstrationen und Unterschriftenaktionen heftiger Protest gegen die „Enteignung von 40 Jahren Geschichte“.

Konstruktive Vorschläge entwickelte eine Gruppe Berliner KunststudentInnen, die von Studierenden mehrerer anderer Universitäten unterstützt wird. Sie macht sich für den Erhalt der Denkmäler als Zeitzeugen stark und erreichte damit breite öffentliche Zustimmung. Ihrer Initiative ist die Aufstellung von erläuternden Schrifttafeln – z.B. am Betriebskampfgruppendenkmal – zu verdanken. Ein weiterer Vorschlag ist, die Monumente mit Knöterich, Efeu oder Wein zu begrünen und damit für unbestimmte Zeit den Blicken zu entziehen.

Einige der von uns Befragten sind für Abriß. Sie sehen das als Möglichkeit des völligen Neuanfangs ohne den Ballast der (eigenen) Vergangenheit – teilweise, weil sie unter der SED-Regierung gelitten haben, teilweise, weil sie nicht gerne an ihr eigenes Mittun zurückdenken: „Ich will nicht dran erinnert werden. Ich will meinen Kindern das mal nicht erklären, wenn wir an so einer Tafel vorbei-

kommen.“ Einige geben auch ästhetische Gründe an: „Sonne Prunkdinger brauch' ick nich.“

Nicht wenige sind aber auch dafür, daß die Denkmäler – vor allem die antifaschistischen – bleiben: „Alles, was an die Nazi-Barbarei erinnert, sollte stehenbleiben, egal, was für ein politisches Image die Leute haben, die sowas aufgestellt haben.“ Häufige Argumente sind auch: „Das sind Geschichtsdokumente“, „Also mir gefällt's. Auf alle Fälle stehenlassen“ oder „Also ich würd sie stehenlassen. Steht ja ooch schon so lange hier. Die können ja ooch nischt dafür. Die sind ja ooch ... und drüben stehn se ja ooch im Westen.“

Etliche halten die Dargestellten nach wie vor für denkmalswürdig. Ein älterer Mann im Blaumann meint am Thälmann-Denkmal: „Der Ernst war een Juter“, und ein Passant entschuldigt Marx und Engels: „Die können ja nichts dafür.“ Einige finden, es gäbe Wichtigeres, als Unsummen in den Abriß von Denkmälern zu investieren: „Bevor das abgerissen wird, sollen besser neue Straßen gebaut werden.“

Bei den Vorschlägen zur Veränderung der Denkmäler und ihrer Vorplätze gelten vielfach andere Kriterien als in der öffentlichen Diskussion. Es sind ganz pragmatische Gründe, die gegen die Monumente, z.B. Thälmann, vorgebracht werden: „Der lag ja an der Protokollstrecke. Da wurde alles abgesperrt. Stundenlang. Da muß't ick ne halbe Stunde an der Straße warten. Und dat ick die Kinder abholen mußte, danach hat niemand jefragt.“ Oft ärgert der „tote“ Raum um die Denkmäler die Bewohner der umliegenden Viertel. Ein Töpfer stellt sich den Platz vor dem Thälmann-Denkmal mit Bäumen und radfahrenden Kindern schön vor, ein anderer wünscht sich einen Wochenmarkt, „so 20, 30 Stände“. Das Kampfgruppendenkmal wird von einer Nachbarin abgelehnt, weil es immer den Bau eines Wartehäuschens für die Straßenbahn verhindert habe.

Die Diskussion um die Denkmäler bleibt offen, viele Meinungen prallen aufeinander. Und schon allein diese Tatsache sollte Grund genug sein, die Beschäftigung mit diesen Relikten der DDR nicht vorschnell mit der Spitzhacke zu beenden.



Graffiti

Graffiti – diese anarchische Form der Kommunikation auf Mauern und Wänden war im Straßenbild der DDR nicht existent. Der öffentliche Raum wurde vom Staat beherrscht, der sein Monopol rigoros verteidigte: Erwischte SprüherInnen hatten mit drastischen Strafen zu rechnen. In jedem Fall wurden die illegalen Meinungsäußerungen umgehend entfernt. Hinzu kam noch die Schwierigkeit, Farbe oder Sprühdose zu beschaffen.

Seit der Wende jedoch findet die symbolische Inbesitznahme der Straße statt – mit Zetteln oder Plakaten, mit Pinsel, Sprühdose oder Edding. Manche Wohngegenden – wie z.B. das Ostberliner Szeneviertel Prenzlauer Berg – erinnern fast schon an die Westberliner Graffiti-Hochburg Kreuzberg. Allerdings ist es wohl nur eine kleine Minderheit, die sich auf diese Weise zu Wort meldet. Die respektlose Mißachtung von fremdem Eigentum und von althergebrachten Ordnungsvorstellungen ist ungewohnt und wird bislang fast einhellig abgelehnt. Selbst bei einem Großteil der als eher progressiv einzuschätzenden BewohnerInnen des „Prenzelbergs“ werden die Wandschriften keineswegs als Bereicherung empfunden, sondern als bloße Schmiererei. Besonders verpönt sind politische Parolen: „Davon hatten wir früher genug.“

Gegen schön gemalte Wandbilder hätten die meisten nichts einzuwenden – sofern sie nicht gerade auf die eigene Hauswand gepinselt würden. Doch die „Verschönerung unserer Städte“ dürften wohl die wenigsten SprüherInnen im Sinn haben. Denn Graffiti ist Rebellion, das Medium ein Teil der Botschaft.

Wie es anfang

Die ersten Wandschriften, mit denen sich die DDR-Opposition zu Wort meldete, waren keine Sprühschriften, sondern kleine Plakate: Man „schmierte“ nicht, man klebte. Und auch das war gefährlich: Als z.B. im Juli 1989 eine Ökologiegruppe in Dresden das „wilde Plakatieren“ wagte, gab es massive Ordnungsstrafen. Bis zum Oktober 1989 begnügte sich die Bürgerbewegung meist damit, ihre Zettel und Wandzeitungen in Kirchen anzubringen. Erst nach den ersten Demonstrationen werden öfters auch draußen in der Stadt volkseigene Wände für Volksmeinungen in Beschlag genommen.

Eine Schwerinerin über die Reaktionen auf die ersten Wandzettel des Neuen Forums: „Blätter ohne Unterschrift? fragen die Bürger verwirrt. Das bedeutet nichts Gutes. (...) Einige von ihnen wagen nicht mal die Botschaft zu lesen. Andere fangen an, die Dinger von den Wänden zu kratzen: Da kann ja nur der Klassenfeind dahinterstecken.“ (Astrid Klock in: Oktober 1989. Berlin 1989)

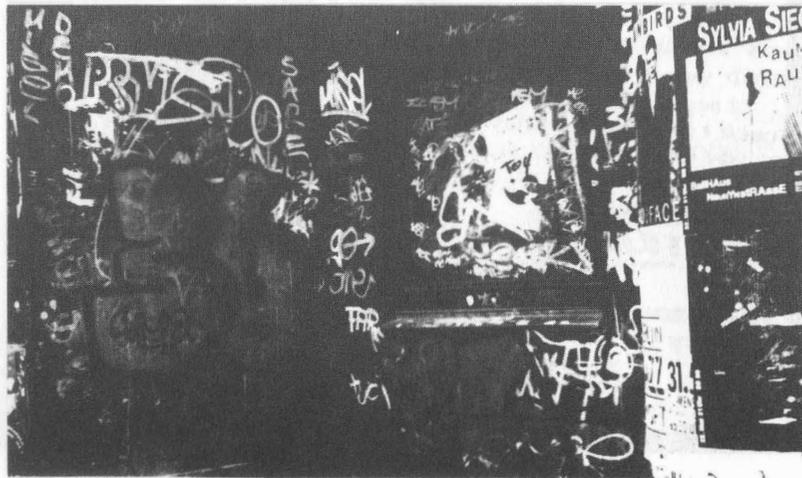
Bald darauf gehören handgeschriebene Wandzettel und maschinengeschriebene Kleinplakate schon zum Straßenbild. Viele genießen es, diese auch mit Namen und Adresse zu zeichnen. Und zu den politischen Aufrufen treten die Hilferufe und die Marktrufe des Alltags: Die Wände werden zu Orten der Wohnungsuche, der Stellensuche, der Sonderangebote von Waren („Verkaufe DDR-Konserven“) und Dienstleistungen („Gebe Klavierstunden“). Dabei drängen freilich großformatige Werbeplakate und Wahlkampfplakate die improvisierten Wandzettel immer mehr in den Hintergrund.



Wilde Wände (West)

Im Westberliner Bezirk Kreuzberg sind Graffiti längst zum festen Bestandteil der Alltagskultur geworden. Sie prägen das unverwechselbare Straßenbild ebenso wie bunte Haarschöpfe, Kebab-Buden und düstere Hinterhöfe. Die Sprüherei ist hier als durchaus legitimes Mittel der Kommunikation und politischen Agitation anerkannt – zumindest bei der linken und alternativen Szene, die im Viertel residiert.

Die Ostberliner NachbarInnen, die nach dem Fall der Mauer den Westteil der Stadt besuchten, waren von den allgegenwärtigen „Schmierereien“ oft höchst überrascht – und häufig schockiert. Ein Ostberliner Oberschüler, 18 Jahre alt: „Ich bin von Westberlin sehr enttäuscht, es gibt auch hier viele verkommene und verdreckte Ecken, aber West-Berlin übertrifft uns da. Was mich z.B. sehr unangenehm berührt hat, sind die beschmierten Wände, die seit der Grenzöffnung auch schlagartig hier zu finden waren. Ich glaube, der Begriff Demokratie wird sehr weit gedehnt, und meiner Meinung nach viel zu weit in einigen Dingen, Schmierereien, Waffenkauf etc.“ (Aus: Helga Gotschlich: Ausstieg aus der DDR. Berlin 1990)



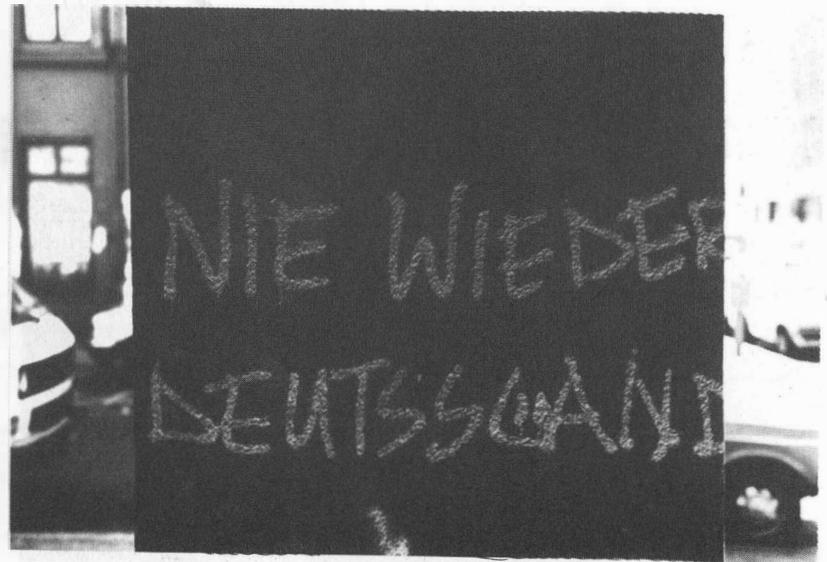
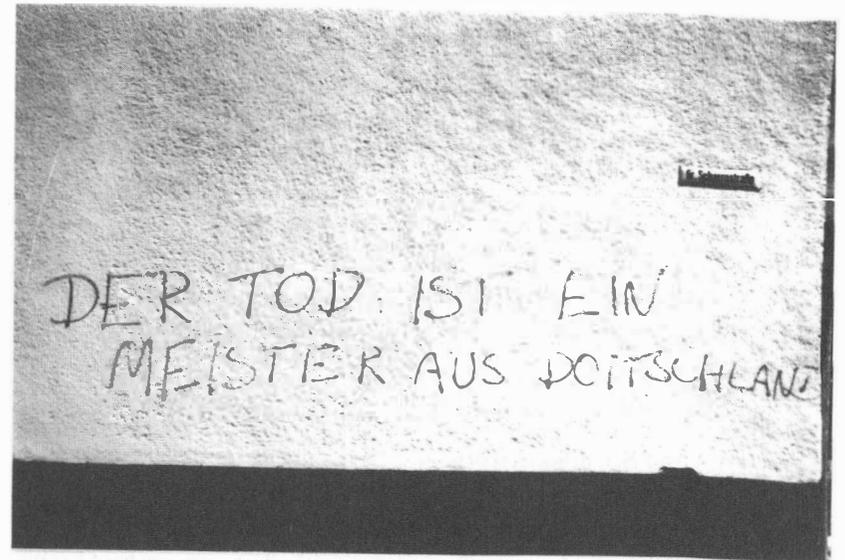
Oben: Das ursprüngliche zornige „Für jeden Christen einen Löwen“ wurde von einem sanfteren Gemüt verändert in „... eine Möwe“. Die Frauen aus der „Dieffe“ nehmen den Faden auf und laden in das dortige Frauencafé „Rote Lora“ ein

Unten links: Besetzte Häuser werden nach den liebevoll abgekürzten Straßennamen benannt. „Lübbi“ befindet sich also in der Lübbener, „Dieffe“ in der Dieffenbacher Straße

Unmut I

Bei den Ostberliner Wandsprüchen zum Thema „Wiedervereinigung“ ist eine starke Polarisierung der Standpunkte erkennbar. Sowohl die radikal ablehnenden als auch die bejahenden Stimmen nehmen fast immer Bezug auf die NS-Vergangenheit – warnend die einen, sympathisierend die andern („Nie wieder Deutschland!“; „Deutschland erwache“ – der letztere Spruch noch immer, trotz des nun schon sechzigjährigen Protests von Karl Kraus, ohne Komma geschrieben.)

Auffällig ist hierbei, daß die „Deutschlandgegner“ – die insgesamt sprühfreudiger zu sein scheinen als die „Patrioten“ – sich öfters das Vokabular und den Ton der Gegenseite zu eigen machen („Stell die Glatzen an die Wand“; „Doitschland verrecke“ – die Schreibweise „Doitschland“ spielt an auf den Schlachtruf der rechtsextremen Skinheads). Bisweilen wird auch selbstbewußt DDR-Identität betont – wie z.B. an einem besetzten Haus in der Schönhauser Allee („Born in DDR“).



Unmut II

So wie für viele Ostdeutsche Erich Honecker zum „Schuldigen Nr. 1“ an der DDR-Misere wurde, so dient nun häufig Helmut Kohl als Zielscheibe für die Wut und Angst von DDR-BürgerInnen, welche die Wiedervereinigung ablehnen oder von ihr enttäuscht sind. Im Bundeskanzler personifizieren sich für sie die Untaten oder das Versagen der Bundesregierung beim „Aufbau“ in den neuen Bundesländern.

Von dieser Schuldzuweisung zeugen in Ostberlin auch zahlreiche Wandzettel und Sprühschriften. Neben böartig-aggressiven Losungen („Haut Kohl den (Birne)Schädel ab!“) gibt es dabei auch zahlreiche originelle Wendungen („Kohl bläht“) und Sprachspiele („KOHLoNIE“). Und jubelnd wird gereimt: „Eier gegen Kohl. Das bekommt ihm wohl“. Auffallend ist, daß gesprayed Lob für Kohl oder Entgegnungen von Kohl-Anhängern nirgends zu finden sind.

In Westberlin, wo sicher nicht weniger Kohl-GegnerInnen wohnen, ist der Bundeskanzler übrigens kein Graffiti-Thema. Die dortige Szene sprüht vielmehr an gegen Strukturen und Institutionen; der Feind ist das System. „Birne Kohl“ scheint im Westen eher als Spottfigur denn als Feindbild zu taugen.

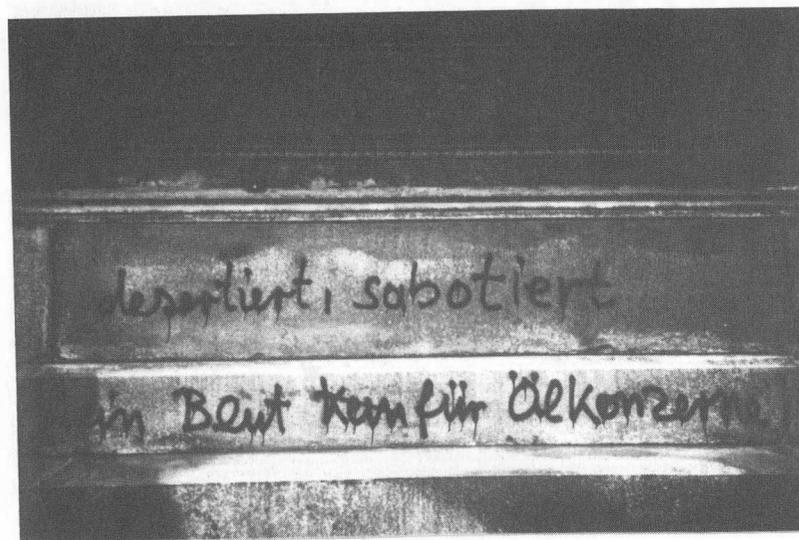
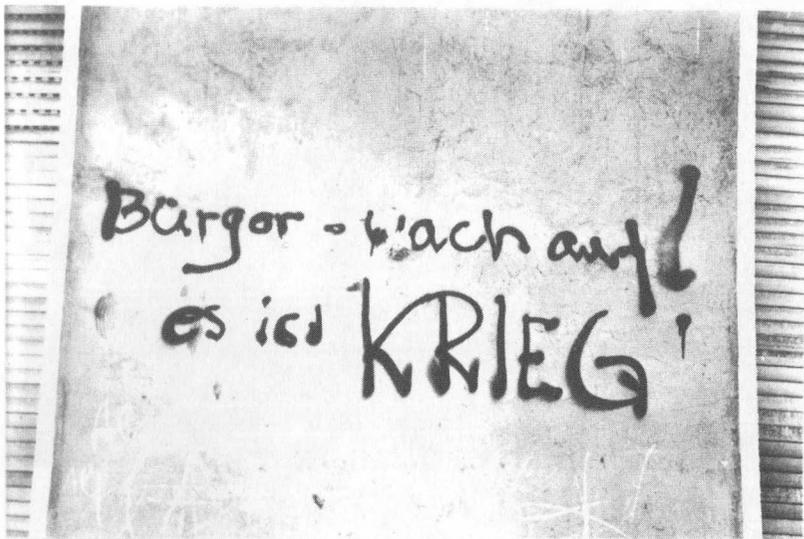


Friedlich

Die massenhaft an Wände und Mauern Ostberlins gesprühten Antikriegsparolen – zahlreicher und vielfältiger als in den westlichen Stadtteilen – belegen den heftigen Widerstand ehemaliger DDR-BürgerInnen gegen den Golfkrieg. Auch eine Welle von Demonstrationen zeigte im Januar und Februar 1991, wie verbreitet hier die Angst war, in einen Krieg hineingezogen zu werden, der offenbar aufgrund ökonomischer und politischer Machtinteressen geführt wurde.

Gleichzeitig kam in den Antikriegsaktionen der Ostdeutschen etwas vom „alten“ Selbstbewußtsein – „Wir sind das Volk!“ – zum Vorschein, das aus der Erfahrung herrührte, das eigene, ungeliebte System auf gewaltlose Weise gestürzt zu haben.

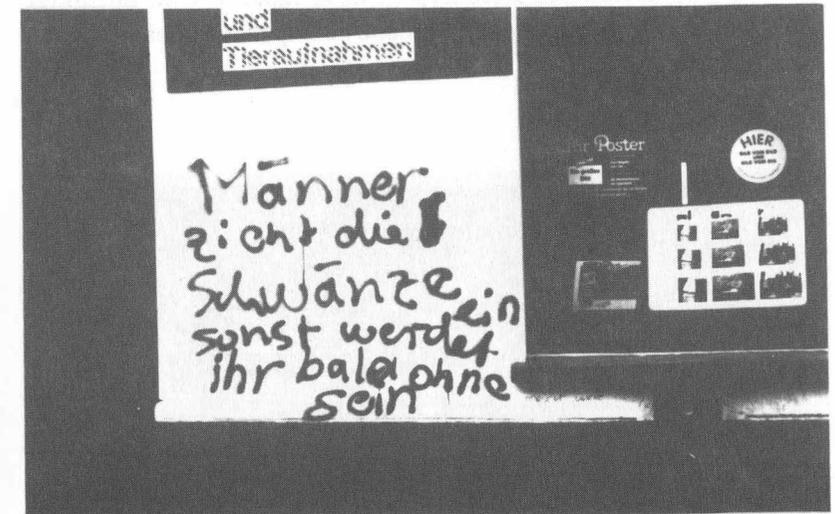
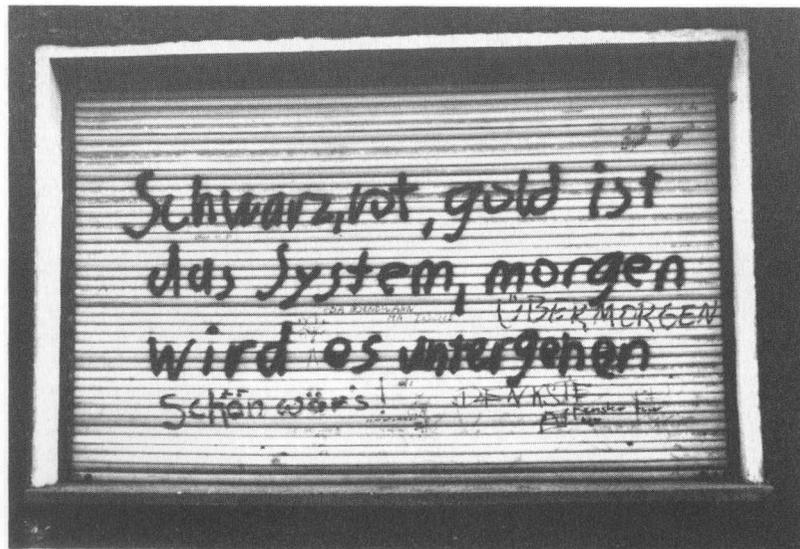
Der Golfkrieg war also auch eine Gelegenheit, dem selbtherrlichen Westen moralische Überlegenheit zu demonstrieren.



Frech

Für die Anarcho- und HausbesetzerInnen-Szene in Westberlin wie Ostberlin gehören Graffiti zum guten Ton. Das selbstbestimmte, kreative Handeln, die Subversivität der Ausführung und nicht zuletzt die Verletzung verachteter gesellschaftlicher Normen machen die illegale Wandbeschriftung und -bemalung zum idealen Medium dieser Gruppen.

Der auf die Ähnlichkeit der anarchistischen messages in Ost und West gestützte Verdacht vor allem von WestlerInnen, die Graffiti in Ostberlin seien hauptsächlich westlichen Sprüh-Expeditionen zu verdanken, läßt sich nicht bestätigen. Befragte Jugendliche am Prenzlauer Berg jedenfalls äußerten durchweg – und manchmal auch mit einem gewissen Stolz: „Westberliner? Nein, das sind unsere gewesen!“



Oben: Schablonen sind beliebt, weil das Graffiti damit in Sekundenschnelle aufgesprüht werden kann. So eröffnen sich bei verringertem Risiko neue Möglichkeiten der grafischen Gestaltung.

Unten: Die neueröffneten Videotheken mit ihrem Angebot an pornografisch-gewalttätigen Machwerken werden mit Vorliebe von Feministinnen heimgesucht.

Finster

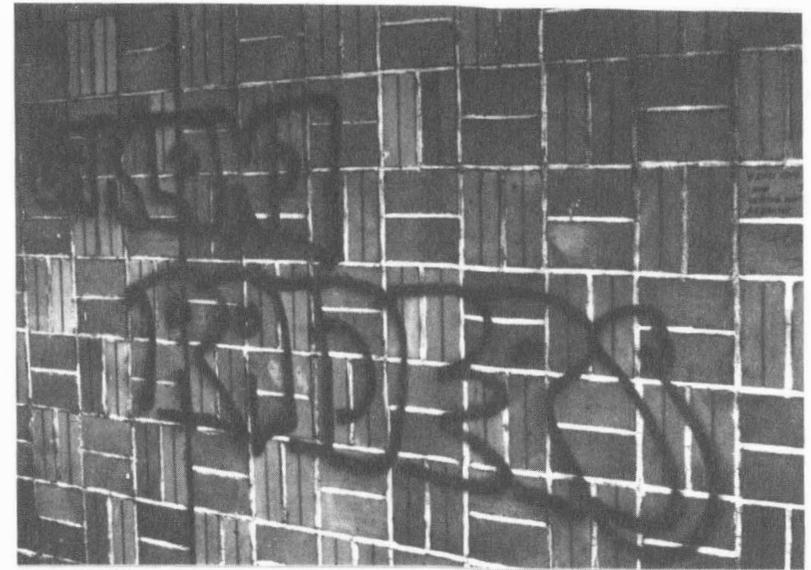
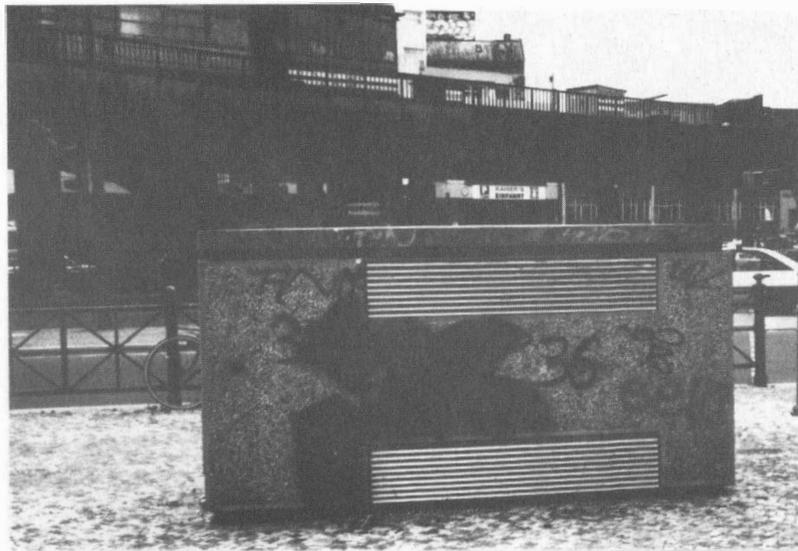
Wände sind Seismographen für gesellschaftspolitische Tendenzen: Der seit dem Zusammenbruch der DDR immer offener auftretende Neonazismus ist bereits an Pfingsten 1991 das beherrschende Thema Ostberliner SprüherInnen; dabei steht die Eskalation der rassistischen Pogromstimmung damals noch bevor.

Gewalt gegen AusländerInnen, Linke, Schwule usw. ist allerdings schon zu diesem Zeitpunkt keine Seltenheit mehr. Entsprechend erbittert wird auch die Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und Rechtsradikalen geführt – unter anderem auch mit der Sprühdose. Es scheint hier hauptsächlich darum zu gehen, Position zu beziehen – der Wortwitz muß meist auf der Strecke bleiben; viele Parolen sind auffallend stereotyp („Nazis raus!“). Und unzählige Male werden die gegnerischen Sprüche übersprüht, abgeändert oder durchgestrichen.



Feindlich

Wie schon zuvor in den USA, gehört es in den Großstädten der alten Bundesländer inzwischen zum normalen Straßenbild, daß jugendliche Straßengangs das von ihnen beanspruchte Territorium mit Graffiti kennzeichnen. Ein Beispiel hierfür sind die Markierungen der Kreuzberger „36-Boys“, der wohl bekanntesten Kreuzberger Jugendclique. Mit dem Fall der Mauer schossen nun auch in Ostberlin zahlreiche solcher Gruppierungen aus dem Boden – schließlich waren neue Räume zu besetzen. Doch auch Westberliner Gangs erkannten die Gunst der Stunde und wollten ein Stück vom freien Osten abhaben. So stritten sich im Sommer 1990 z.B. türkische Jugendliche/West mit deutschen Jugendlichen/Ost um die Vorherrschaft am Alexanderplatz. Noch heute, nachdem die Türken sich behaupten konnten, findet sich hier die wohl größte Anhäufung von Terrainmarkierungen in Ostberlin.

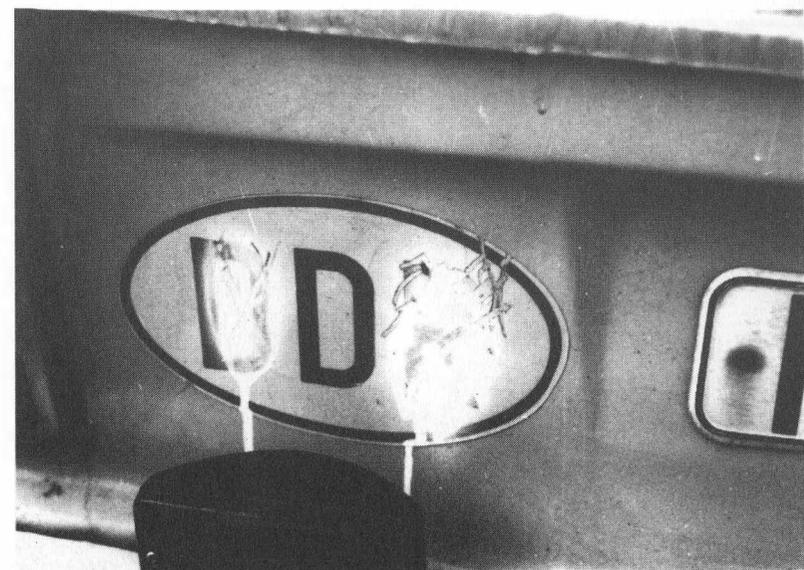
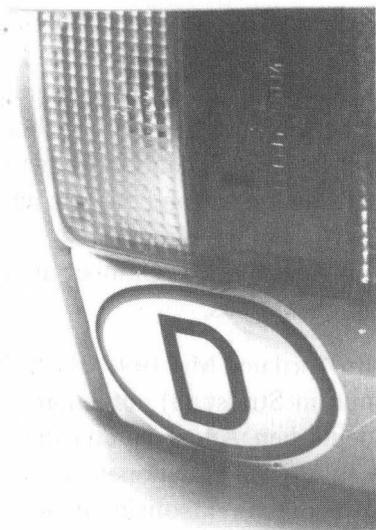
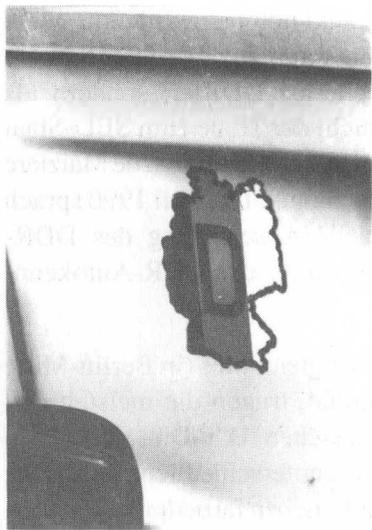


Kennzeichen ~~DDR~~

Als sich die deutsche Vereinigung ankündigte, wurde für viele Ostdeutsche das DDR-Schild an ihrem Auto zu einer unliebsamen Etikettierung: Sie wollten nicht mehr als DDRler, sondern als Deutsche auftreten – und schon gar nicht der Treue zum SED-Staat verdächtigt werden. Die Regierungskoalition unter Lothar de Maizière trug diesem verbreiteten Bedürfnis Rechnung: Im April 1990 sprach sich Günther Krause „für die schnelle Abschaffung des DDR-Emblems, des 7. Oktober als Feiertag sowie des DDR-Autokennzeichens“ aus.

Im April und Mai 1991, als die hier gezeigten Fotos (in Berlin-Mitte und in Stralsund) aufgenommen wurden, trugen die meisten ostdeutschen Autos bereits das „Kennzeichen D“. Dies jedoch in zahlreichen Variationen, die häufig auch unterschiedliche politische Haltungen symbolisieren. So stehen z.B. neben farbenprächtigen D-Schildern, die ein „Willkommen, Deutschland!“ signalisieren, kleine und schwarzweiße „D“-Plaketten, die mehr den Charakter einer Pflichtübung haben. Zumeist wird das „DDR“-Schild spurenlos beseitigt, manchmal ist es überklebt oder teilüberklebt, in einigen Fällen wird es beschnitten – ein mehrdeutiges Vorgehen, das man ebenso als aggressives Abschiednehmen wie als Distanzwahrung gegenüber dem importierten „Wessi-D“ interpretieren kann. Neben oder statt dem D-Schild zeigt sich auch regionales Selbstbewußtsein: Man inseriert sich als Brandenburger, nicht oder nicht nur als Deutscher. Oder man „überspringt“ seine neue Identität als Gesamtdeutscher einfach durch eine Europa-Plakette.

Einige wenige führten im Frühjahr 1991 auch noch, nonchalant oder trotzig, die DDR im Schild. Verkratzte DDR-Schilder zeugen davon, daß diese Beibehaltung von anderen bestraft wurde; auch kam es, wie wir hörten, zu Beschimpfungen und Denunziationen der Autobesitzer. Weshalb uns ein Ostberliner auch beim Fotografieren solcher DDR-Schilder „stellte“ und argwöhnte, wir wollten damit Material gegen die Fahrzeughalter sammeln.





„Aufrechter Gang“ Metamorphosen einer Metapher

Zu den Leitbegriffen, mit denen die Oppositionsbewegung in der DDR 1989 ihre Intentionen zu fassen suchte, gehört der Topos vom „aufrechten Gang“. Die Tatsache, daß diese Prägung über die Umbrüche des DDR-Umbruchs hinweg verwendet wurde, könnte auf den ersten Blick als Ausdruck einer inhaltlichen Kontinuität genommen werden; bei genauerem Hinsehen konnte sie jedoch nur deshalb permanent und bei ganz verschiedenen Trägergruppen auftreten, weil sie traditionell mehrschichtig, ja mehrdeutig ist. In den verschiedenen Phasen der „Wende“ und des deutschen Vereinigungsprozesses wird dieses insgeheim widersprüchliche Bedeutungsspektrum aufgeblättert; im Funktions- und Bedeutungswandel der Parole vom „aufrechten Gang“ verdichtet sich der Wandel des DDR-Umbruchs von 1989 bis heute.

Aufrechter Gang als kollektive Aktion

Am 4. November 1989 sagte Stefan Heym auf der großen Berliner Protestdemonstration: „Einer schrieb mir – und der Mann hat recht: Wir haben in diesen letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen.“ (Hahn u.a. 1990, S. 164) Die Metaphorik des Aufrechten taucht bei dieser Kundgebung mehrfach auf: Jens Reich wendet sich gegen die „feige Vorsicht, nur nicht dem Kopf aus dem Salat zu stecken“, Friedrich Schorlemmer sagt: „Es ist wahr, dumpf, geduckt, bevormundet haben wir gelebt, so viele Jahre. Heute sind wir hierhergekommen, offener, aufrechter, selbstbewußter“ (ebd., S. 146, S. 166); eines der mitgeführten Transparente zeigt einen aufrecht stehenden Körper mit dem Beiteiltext „Angstfrei werden“, ein anderes den Satz „Kopf hoch, du bist dran!“, und ein Plakattext lautet einfach „Auf-

rechter Gang“. (Ebd., S. 100, 111, 98) Die Berliner Demonstration ist zweifellos nicht nur der äußere Anlaß für die Verwendung dieser Parolen, sondern steht zu ihnen in einer inneren Verbindung. „Aufrechter Gang“ ist hier keine bloße Metapher für eine innere Haltung oder eine politische Programmatik, sondern verknüpft geistigen „Aufstand“ und körperliches „Aufstehen“ und verweist nicht zuletzt auf den weder fliehenden noch angreifenden, sondern ruhigen und selbstsicheren Schritt friedlicher Straßendemonstranten.

Ab November 1989 wird die Metapher vom „aufrechten Gang“ des DDR-Volks dann zur gängigen, in Kundgebungsreden und Presse-schlagzeilen immer wieder benutzten Prägung. Über ihren Verbreitungsgrad in verschiedenen sozialen Gruppen ist natürlich schwer etwas auszumachen, doch bleibt sie offenbar nicht auf den Kreis professioneller Vordenker und Vordredner beschränkt: „Als ich am 25. 9. mit Bekannten und den Demonstranten das amerikanische Bürgerrechtslied sang,“ erzählt ein 56jähriger Frühinvalide aus Leipzig, „standen mir die Tränen in den Augen, ich fühlte mich nicht alleingelassen, wir lernten den aufrechten Gang.“ (Neues Forum Leipzig 1989, S. 31) Ein Reporter zitiert einen ostdeutschen Sozialarbeiter: „Es war, als ob die Ketten fallen. Und dieses Gefühl ist für mich eigentlich das große Lebensgefühl gewesen, der aufrechte Gang. Ich werde es nie vergessen...“ (Südwestmagazin, 10.11.1990) Und es ist sicherlich zutreffend, wenn Hans-Joachim Maaz diese Befreiungserfahrung auch als konkret-körperliches Erlebnis, als „das Aufrichten, das Aus-Sich-Herausgehen und das Erheben der Stimme“, und umgekehrt die „körperliche Bewegung (...), das aktivierende Klatschen und dann auch laute Skandieren“ als Geburtshelferinnen einer „wachsenden Würde, des aufrechten Gangs“ bezeichnet. (Maaz 1990, S. 145) „Die Menschen in unserem Land sind schöner geworden. Sie tragen den Kopf anders, mit einem neuen Selbstbewußtsein“, sagt am 23. November Helga Königsdorf vor dem Schriftstellerverband der DDR (Königsdorf 1990, S. 98); „Auch die Frauen gingen anders in diesen Tagen“, erzählte eine Mitdemonstrantin aus Ostberlin dem Verfasser, und von der Leipziger Demonstration am 18. Oktober 1989 wird sogar eine besonders tiefgreifende Wiederherstellung des homo erectus berichtet: „Auf-

dem Markt gesteht mir ein Bekannter: 'Ich habe meine volle Manneskraft wieder.'" (Tetzner 1990, S. 28)

Zur breiten Akzeptanz des Bilds vom Erlernen oder Erproben des aufrechten Gangs trägt zum einen sicherlich die Interpretation bei, die es für das bisherige Verhalten der Demonstrierenden nahelegt. Ordnet man sich mit diesem Bild doch der Gruppe der bis dato Gebeugten, nicht der der Beugenden, also der Opfer- und nicht der Täterseite zu. Die potentielle Selbstkritik, die die Parole enthält, beschränkt sich auf das Eingeständnis mangelnden Muts zum öffentlichen Eintreten für abweichende Meinungen – und wo sich Bürgerrechtler oder SED-Erneuerer über den „aufrechten Gang“ äußern, wird dieser Selbstvorwurf „der Kleinmütigkeit, der Feigheit, der Anpassung, der Resignation“ (Reich 1991, S. 204)¹ auch oft ausdrücklich hinzugefügt. Doch ebenso gut kann ein bisher unaufrechter Gang statt als Herrschaft mittragendes Sichbeugen auch als bloßes Gebeugtwerden durch äußere Mächte interpretiert werden, wie es z.B. dort anklingt, wo nicht vom Erlernen, sondern vom Einfordern des „Rechts des aufrechten Ganges“ gesprochen wird. (Vgl. Förster/Roski 1990, S. 159)

Zum andern eignet sich der „aufrechte Gang“ in der ersten Phase des DDR-Umbruchs wohl auch deshalb zu einer Leitparole, weil er sowohl in der bürgerlichen wie in der sozialistischen Tradition verortet ist. „Aufrechter Gang“ als Aversion gegen unterwürfige Geistes- wie Körperhaltungen ist Erbe der bürgerlichen Aufklärungszeit, meint „Männerstolz vor Königsthronen, Zivilcourage“ (Bloch 1959, S. 524); und wie Kant in seiner „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ das Problem von Unmündigkeit und Mündigkeit mithilfe von Bildern des „Gängelwagens“, der „Fuß-

1. Gewiß haben die Gruppen, die Reich vertritt, am wenigsten Grund zu solchen Selbstvorwürfen; doch auch für die bisher v.a. im Schutz der Kirchen operierenden Oppositionsgruppen bedeutet der demonstrativ-aufrechte Gang vom Herbst 1989 einen Verhaltensbruch, nach dem Dresdener Superintendenten Christof Diemer eine „härtere Gangart“: „Aus den Bitten der Christen wurden die Forderungen der Bürger.“ (Hildebrandt/Thomas 1990, S. 103)

schellen“, der „freien Bewegung“ und des „gehen Lernens“ diskutiert (Kant 1784/1964, S. 53f.), so steht der ostdeutschen Bürgerbewegung der aufrechte Gang ihrer Demonstrationen für das Ende des „vormundschaftlichen Staats“, der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“. Zugleich weist der Begriff des aufrechten Gangs aber auch über die bürgerliche Tradition hinaus: „Der Gedanke, der immer wieder vertreten wurde, das Schlagwort, das die Massen gerufen haben, hieß 'Erlernung des aufrechten Gangs'“, sagt Hans Mayer am 18.11.1989 in der „taz“. „Das ist doch die Formel von Ernst Bloch, das, was er immer wieder gepredigt hat!“ Näher noch als der Bezug auf Bloch liegt für DDR-BürgerInnen wahrscheinlich der auf Volker Braun, der eine 1979 erschienene Gedichtsammlung mit „Training des aufrechten Gangs“ betitelte. Ernst Bloch wie Volker Braun aber stehen für das Projekt eines noch nicht real existierenden Sozialismus. Die Parole vom „aufrechten Gang“ vermag also neben dem aufklärerisch-antifeudalen Programm individueller Freiheit und Würde auch die Vorstellung damals vieler Bürgerrechtler in sich aufzunehmen, daß es „um mehr gehen sollte als nur um das Programm der bürgerlichen Gesellschaft.“ (Vgl. Schmid 1990, S. 42) Da sie die sozialistische Option freilich nur als Konnotation enthält, kann eine relativ breitgestreute Verwendung der Metapher die noch weitgehend als Sozialismusreform firmierende Protestbewegung des Frühherbstes dann auch überleben.

Haltet euch gerade!

Mit der Öffnung der Westgrenze am 9. November 1989 tritt der DDR-Umbruch in eine neue Phase. Zum gemessenen Schritt der Demonstrierenden kommen neue Gangarten hinzu: der Sturm auf die Grenzübergänge, der run auf die Kaufhäuser Westberlins, der Massenspaziergang auf dem Kurfürstendamm. In dieser Situation erhält die Parole vom „aufrechten Gang“ neue, zusätzliche Funktionen. Sie steht nicht mehr bloß gegen das Sichdücken vor der SED-Herrschaft, sondern auch gegen das „Hasten nach dem Westen“, das „Stürmen von Coca Cola und McDonalds“, das „Gängelband“ der Konsumgesellschaft (Vgl. Neues Forum Leipzig, S. 239; Sächsische Zeitung, 20.11.1989; Neues Deutschland, 8.12.1989). Ingrimmig

schreibt Stefan Heym: „Aus dem Volk, das nach Jahrzehnten Unterwürfigkeit und Flucht sich aufgerafft und sein Schicksal in die eigenen Hände genommen hatte und das soeben noch, edlen Blicks, einer verheißungsvollen Zukunft zuzustreben schien, wurde eine Horde von Wütigen, die, Rücken an Bauch gedrängt, Hertie und Bilka zustrebten auf der Jagd nach glitzerndem Tinnel.“ („Spiegel“ 49/1989, S. 55) Der aufrechte Gang, eben noch Symbol für Auflehnung, wird nun zum Synonym für Selbstbeherrschung; aus dem befreienden „Richtet euch auf!“ wird ein strenges „Haltet euch gerade!“. Der den Wärmestrom des bürgerlichen Prinzips Aufrecht schon immer begleitende Kältestrom wird aktiviert. So wie Chodowiecki in seinen „Natürlichen und affectirten Handlungen des Lebens“ von 1779 die steif-aufrechten, motorische und sexuelle Regungen zurückhaltenden Bürger den tänzelnden, hüpfenden, sich lasziv verbiegenden Adligen entgegenstellt, wie J.J. Engel in seinen „Ideen zu einer Mimik“ von 1782 den sich nach vorn biegender als den gierigen und den neugierigen Körper identifiziert, so sprechen die um ihr Reformprojekt Besorgten nun vom neugierigen Ausflug und Einkaufsgang in den Westen als von einem „Rausch“, einem „Tanz ums goldene Kalb“ oder einem „bösen Karneval“ (Vgl. Reich 1991, 201; „Freitag“, 30.11.90; Dieckmann 1991, S. 59).

Inhaltlich-politische Kritik z.B. nationalistischer Tendenzen bei Demonstrationen oder eines Primats von Reise- und Kaufwünschen verbindet sich hier offenbar mit dem kulturkritischen, genauer gesagt volkskulturkritischen Impuls, mit dem das kulturpädagogische Personal des neuzeitlichen Staates dem „Materialismus“ der Unterschichten schon immer entgegengetreten ist. Auch bei vielen linken, ihrem Selbstverständnis nach „arbeiterbewegten“ Intellektuellen lebt eine traditionell-bildungsbürgerliche Version des aufrechten Gangs fort, bei dem die Augen nicht in die Niederungen gegenwärtiger Genüsse, sondern – siehe das Heym-Zitat – in eine „verheißungsvolle Zukunft“ zu richten sind. Der Körper darf nicht in „angenehmen Gefilden“ zu Boden sinken,² propagiert wird viel-

2. Im Nachwort zu ihrem Band „Die sanfte Revolution“ schreiben Stefan Heym und Werner Heiduczek von den „Zuständen (...), die eine Mehrheit

mehr „ein neues, härteres Training, des schmerzhaften und wunderbaren aufrechten Gangs“ (Braun 1987, S. 61): eine Konzeption mithin, in der, zugespitzt gesagt, Kapitalismus als Genuß verboten und Sozialismus als Härtestes empfohlen wird, und in der aus der Befreiung zum aufrechten Gang die Asketenpflicht zum „langen Marsch“ wird.

„Aufrecht in die Einheit“

„Wiedervereinigung? Und wo bleibt der aufrechte Gang?“ fragt ein Demonstrationsplakat am 4. Dezember 1989 in Leipzig. Wenige Wochen später steht nicht mehr das Ob, sondern nurmehr das Wie der deutschen Vereinigung zur Debatte. Nun kommt in der Noch-DDR die Parole „Aufrecht in die Einheit“ auf. Mit ihr wird eine andere Seite des Bedeutungsgehalts des Aufrechten aktualisiert: Es geht jetzt um die Abwehr von pauschalen Verdikten über die DDR-Bürger, die ihnen eine Kollektivschuld am politischen System der Vergangenheit, aber auch an den strukturellen Mängeln der DDR-Wirtschaft anlasten wollen. „Aufrechter Gang“ steht hier nicht gegen das Gebeugtwerden und Sichbeugen unter Herrschaft, sondern gegen das gesenkte Haupt des Schuldbewußten. Wolfgang Thierse sagt auf dem Vereinigungsparteitag der SPD: „Ich denke nicht, daß wir aus der DDR mit gesenktem Haupte, demütig in die deutsche Einheit gehen müßten! Auch wir Ost-Sozialdemokraten kommen aufrecht zu Euch, Ihr Westdemokraten!“ – ein westdeutscher Journalist fügt hinzu: „Und es klingt schon wie eine Drohung.“ (Südwestpresse Ulm, 26. 9. 1990) Und eine CDU-Kandidatin für die letzten Volkskammerwahlen äußert in einem Interview: „So viel Ehrgeiz haben wir schon, daß wir nicht untergehen wollen. Und bitte erhobenen Hauptes! Ich will keine Konkursmasse sein, die aufgegriffen wird, ich habe auch etwas mitzubringen in diesen deutschen Bund.“ (Fischer/Lux 1990, S. 196)

der DDR-Bürger veranlaßte, nach angenehmeren Gefilden auszuberechnen, statt den mühseligen Weg über Reform und Erneuerung zur Erfüllung der großen Utopie zu suchen.“ (Ebd., S. 423)

Bei der Bürgerbewegung hegt man eine zeitlang sogar die Hoffnung, den soeben gelernten aufrechten Gang nun auch in der Bundesrepublik lehren zu können – zu der auch westliche Stimmen zeitweise ermuntert hatten, so z.B. Walter Momper, der am 10. November 1989 ausrief: „Vielleicht werden wir von der demokratischen Kultur in der DDR noch einiges lernen können.“ (Südwestpresse Ulm, 11.11.1989) Zumindest aber steht die Metaphorik des Aufrechten im Kontext Vereinigung für die Überzeugung, von Regierung und Bevölkerung der Bundesrepublik sowohl Gleichberechtigung als auch Unterstützung erwarten zu dürfen und nicht erbetteln zu müssen. Diese Haltung eint auch die politischen Gegner in der Noch-DDR: Als Modrow, von seinem wenig erfolgreichen Bonnbesuch im Januar 1990 zurückkehrend, die Formulierung wählt: „Ich werde nicht auf Knien um einen solchen solidarischen Beitrag bitten“, erntet er damit am Runden Tisch allgemeinen Beifall. (Thaysen 1990, S. 139) Was tatsächlich als „aufrechter Gang in die Einheit“ firmieren kann, ist selbstverständlich umstritten. Während CDU-Vertreter und die CDU-nahe Presse der DDR im Frühjahr 1990 der Meinung sind, daß der zwischen den Regierungen Kohl und de Maizière ausgehandelte Staatsvertrag die „Würde“ der DDR-Bürger respektiere, kommentiert eine Erklärung des „Neuen Forums“ diesen Vertrag mit den Worten: „Die DDR-Regierung beugt sich dem Diktat der Sieger in Bonn. Das Volk wollte in die deutsche Einheit gehen – jetzt wird es zum Kriechen gezwungen.“ (Rein 1990, 406) Dabei deuten sich, wenigstens in den hier untersuchten Quellen, auch sprachliche Unterschiede zwischen Regierung und Opposition an: In Reden prominenter CDU-Vertreter ebenso wie in der CDU-nahen Tageszeitung „Neue Zeit“ spielt der Begriff der „Würde“ eine große Rolle, das Bild des „Aufrechten“ oder gar des „aufrechten Gangs“ findet sich jedoch seltener als in Texten der Bürgerbewegung oder der PDS. Denkbar, daß das letztere für die DDR-CDU doch etwas nahe bei der politischen Kultur der Herbstbewegung liegt, während die Rede von der „Würde“ mehr mit traditionell-bürgerlichen Vorstellungen von einer die gesellschaftliche Praxis transzendierenden Sphäre von Subjektivität vereinbar scheint.

Eine wesentliche Rolle spielt das Prinzip Aufrecht beim Kampf der PDS gegen den bloßen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und gegen die Definition der politischen und sozialen „Errungenschaften“ des realen Sozialismus als zu entsorgende „Altlasten“. In der Volkskammer sagt der PDS-Abgeordnete Uwe-Jens Heuer, man müsse „allen Schichten des Volkes den aufrechten Gang in die deutsche Einheit ermöglichen“ (Neues Deutschland, 21./22.4.1990); das „Neue Deutschland“ überschreibt seinen Bericht von der Berliner Maidemonstration 1990, bei der auch zahlreiche DDR-Fahnen mitgeführt worden waren, mit „Aufrecht durchs Brandenburger Tor“ (ebd., 2.5.1990), und im August 1990 ruft der PDS-Vorstand unter der Überschrift „Wir gehen aufrecht in das vereinigte Deutschland“ zu einer Aktionswoche u.a. gegen die „Vereinnahmung der DDR“ und die Zerstörung der DDR-Wirtschaft auf. Der „aufrechte Gang“ wird also wieder zum Synonym für Protestdemonstrationen; die PDS übernimmt die Parole, mit der eben noch zum Aufstand gegen ihre Vorgängerin geblasen wurde, und erklärt sich damit zur Miterbin der Bürgerbewegung vom Herbst 1989.

Ihren Gegnern, die dies eine Usurpation nennen (vgl. z.B. FAZ, 21.4.1990), kann sie antworten, daß dieser Aneignung ja ein innerer Reformprozeß vorangegangen sei, in dem ihre Mitglieder selbst den „aufrechten Gang“ des Einzelnen in einer demokratischen Bewegung gelernt hätten. Daß dies keine Unwahrheit, aber doch nur eine Teilwahrheit ist, darauf deuten nicht zuletzt verschiedene Verwendungsweisen des Begriffs „aufrecht“, die sich in der SED bzw. PDS seit dem Herbst 1989 beobachten lassen. So findet sich z.B. in der innerparteilichen Diskussion dieser Zeit die Prägung vom „aufrechten Gang“ in der selbstkritischen Funktion, mangelnde Meinungsfreiheit und mangelnde Meinungsäußerung in der SED und FDJ einzuklagen. Im „Neuen Deutschland“ beginnt eine Debatte darüber, daß die SED weniger Parteidisziplin und mehr „Zivilcourage“ brauche. (Ebd., 27.10.1989 und 16.11.1989) Der FDJ-Vorsitzende Eberhard Aurich erklärt in der „Jungen Welt“: „Wir brauchen Garantien, daß es nicht mehr so ist wie noch immer, daß es vom persönlichen Charakter, von der Zivilcourage, vom ‘Kreuz’, vom ‘aufrechten Gang’, vom Mut abhängt, ob man seine Meinung sagt

oder nicht“ – wobei freilich die Halbheit auffällt, daß das Recht zum aufrechten Gang von oben gewährt werden soll. Und bei einer Kundgebung von SED-Mitgliedern vor dem ZK-Gebäude sagt ein Feuerwehrmann namens Küna: „Meine Partei muß eine starke Partei werden, stark durch die Stärke jedes Genossen und seinen aufrechten Gang.“ („Spiegel“ 46/1989, S. 40)

In anderer Bedeutung wird die Parole dann am 14. Januar 1990 verwendet, als die SED/PDS unter dem Motto „Aufrecht zu Karl und Rosa“ eine Kundgebung an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg abhält und in den Parteiberichten von der Berliner Feier und entsprechenden Veranstaltungen in anderen DDR-Städten immer wieder vom „Sichaufrichten“, vom „aufrecht an den Gräbern“ Stehen, vom Gedenken an die „aufrechten Kämpfer“ und die „Standhaftigkeit und menschliche Größe von Karl und Rosa“ die Rede ist (Neues Deutschland und Berliner Zeitung, 15.1.1990). Die Forcierung dieser Metaphorik knüpft offensichtlich an die Sprache des DDR-Herbstes, aber auch an das Bild vom aufrechten proletarischen Kämpfer an, das neben Freiheitswillen und Auflehnung auch die unbeirrbarbare Treue zur „Sache“, und das hieß hier meist auch: zur Parteiführung, in sich aufgenommen hat. Gerhard Reins Schilderung von der Berliner SED/PDS-Kundgebung des 14. Januar bestätigt diese Unentschiedenheit zwischen Erneuern und Beharren: „Die Plakate und Schilder sind nicht mehr fabrikmäßig in großer Stückzahl ausgeliefert, sondern von eigener Hand entworfen und gefertigt, aber seltsam, durch eine geheimnisvolle Intuition steht auf den meisten derselbe Satz: ‘Für demokratischen Sozialismus – trotz alledem.’“ (Rein 1990, S. 325) „Trotz alledem“- dies ist in der Tradition der kommunistischen Bewegung eben untrennbar beides: das Sichaufrichten der Entrechteten und das rotpreußische Strammstehen des durch nichts zu beirrenden Parteisoldaten.

„Aufrecht auf Knien“

„Aufrechten Gangs kann ich nun in die Arbeitslosigkeit gehen“, schreibt eine Frau aus der Ex-DDR im Herbst 1990 an ihre Freundin („Freitag“, 9.11.1990). Und ein sächsischer Kabarettist sagt zu

Silvester 1990 im Fernsehen: „Gehen wir mit aufrechem Gang optimistisch in die Zukunft. Guten Rutsch!“ (3sat, 31.12.1990) Angesichts der Massenentlassungen ostdeutscher ArbeitnehmerInnen, der um sich greifenden Entwertung und Abwertung ihrer Fähigkeiten, ja ihrer „DDR-Mentalität“ insgesamt und alltäglich erfahrener Bevormundung durch westdeutsche „Entwicklungshelfer“ stößt man im Lauf des Jahres 1990 immer häufiger auf Äußerungen, die sich nurmehr sarkastisch auf das Leitbild vom aufrechten Gang beziehen. Betroffene wie Beobachter sehen die verbreitete Verunsicherung und Depressivität dabei auch im körperlichen Habitus ostdeutscher BürgerInnen gespiegelt: „Der Spiegel“ z.B. meint, eine Formulierung von Heiner Müller aufgreifend, die Ostdeutschen hätten „immer noch diesen ‘verdeckten Blick der Kolonisierten’“ (Spiegel 18/1991, S. 74), und Fotos und Schilderungen von auf dem Arbeitsamt wartenden Arbeitslosen zeigen ein Panoptikum in sich zusammengesunkener, den Kopf gesenkt haltender Menschen.³ Unterschiedlich ist dabei die Ätiologie: Einmal wird eher von einem DDR-traditionellen Sichbeugen gesprochen, das sich nun nach einer kurzen Zeit des Aufbruchs wieder etabliere – „Das Sklavische steckt noch so in uns“, sagt in diesem Sinn Friedrich Schorlemmer (Vgl. „Zeit“, 24.5.1991, S. 49); das andere Mal ist eher die Rede von einem Gebeugtwerden durch die neuen Herren (oder die gewendeten alten): „Bleib’ geduckt! Nicht aufgemuckt! Alles runtergeschluckt! (Sonst wirst Du entlassen!)“, lautet z.B. ein Plakat auf der Berliner Kundgebung vom 4. November 1990, zum Jahrestag der großen Demonstration des „aufrechten Gangs“. Wo noch vom Versuch des „aufrechten Gangs“ die Rede ist, hat die Parole häufig ihren Aufbruchcharakter eingebüßt und meint nicht mehr Aufrichtung als Auflehnung, sondern das bloße Wahren von Haltung trotz der Sorgen, die einen niederdrücken. Eine Durchsicht von Demonstrationsberichten aus dieser Zeit ergab, daß die Parole des „aufrechten Gangs“ in Kundgebungsaufrufen, -reden und -berichten offenbar keine große Rolle spielt. Ihr Pathos paßt ja wohl auch kaum zum

3. Besonders eindrücklich die Skizze „Am Dienstag auf dem Arbeitsamt“ von Jascha Dahl, in: Die letzten Tage der DDR. Berlin 1990, S.58-63.

Defensivcharakter von Aktionen, in denen es um die Verhinderung oder auch nur „soziale Abfederung“ von Betriebsschließungen geht, oder zu wenig selbstbewußten, zwischen Protest und Bitte stehenden Proklamationen wie „Wir fordern eine soziale Marktwirtschaft, wie sie uns versprochen wurde.“ (Neues Deutschland, 11.5.1990)

Das mangelnde oder gebrochene Selbstwertgefühl, das viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger nach dem Umbruch des Umbruchs äußern oder zeigen, ist oft zugleich ein Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Westdeutschen; diese Haltung ist sicherlich nicht prinzipiell neu, aber durch die Veralltäglichsung von westostdeutschen, häufig von vornherein asymmetrischen Begegnungen ungleich virulenter geworden. Überlegen erscheinen die Westdeutschen dabei gerade auch in der Frage des „aufrechten Gangs“. „Ich finde“, sagt eine junge Finanzkauffrau Anfang 1990, „daß unsere deutschen Nachbarn sich um andere Dinge den Kopf zerbrechen müssen und dadurch einen ‚aufrechten Gang‘ haben. Sie wurden nicht immer von oben herab gegängelt (...)“ (Gotschlich 1990, S. 40) Dieser angeblich aufrechte Gang der Westdeutschen wird dabei teilweise wiederum ganz wörtlich genommen. Auch dies Stereotyp gab es schon vor der Wende: „Unser (ostdeutscher) Reiseleiter“, sagte 1989 die Teilnehmerin an einer Gruppenreise in die DDR, „hat gemeint, irgendwie würden wir anders laufen. Irgendwie hat er gesagt, wir laufen aufrechter.“ (Interview vom 4.10.1989, Ludwig-Uhland-Institut) Nun findet man diese Vorstellung in aktualisierter Fassung wieder: In einem Essay „Die Herren auf den langen Fluren“ beschreibt Marco Schütz die neuen Herren aus dem Westen unter anderem so: „Und die Haare sind locker, überhaupt sind sie locker, die Haltung, der Gang – keine nach vorn fallenden Schultern, kein eingezogener Kopf, kein schleppender müder Schritt, den Blick nicht gesenkt, aber auch nicht nach oben, genau geradeaus (...)“ Und er spricht „vom Drang, ihnen gleich zu werden, sie nachzuahmen mit ihrem sicheren Gang, ihrem frischen Blick, ihrer lockeren Haltung.“ („Freitag“, 28.6.1991)

Diese Fremd- und Selbstschilderung verweist auf eine Widersprüchlichkeit, in die die Parole des „aufrechten Gangs“ in Ostdeutschland gegenwärtig verstrickt ist: Wo sich mit ihr das Erscheinungsbild

westdeutscher „Herren“ verbindet, wird sie zum double bind, zur Emanzipation als Anpassung. Und da sich in diesem Bild der aufrechten Herren die Vorstellung von individueller Freiheit mit der von Herrschaftsausübung verbunden hat, ist es für Vertreter des aufrechten Gangs vom Herbst 1989 anziehend und abstoßend zugleich. Es hat also Konsequenz, wenn Volker Braun angesichts einer Situation, in der der aufrechte Gang im Alltag von „Wessis“ besetzt und die Einlösung eines ganz anderen Ideals von Aufrechtsein vorerst nicht realisierbar scheint, das Training einer zumindest äußerlich ganz anderen Haltung empfiehlt: „Gegen etwas, das groß daherkommt und tönt und sich selbstgerecht etabliert – dagegen hilft nur der Blick von unten, eine plebejische Haltung gegen die buntlackierten, angestrichenen Zeitläufe.“ („Freitag“, 21.6.1991)

*

Literatur zu „Aufrechter Gang“

- Bloch, E. 1959: Das Prinzip Hoffnung. Bd. 1, Frankfurt/M.
- Die letzten Tage der DDR, 1990. Berlin.
- Dieckmann, F. 1991: Glockenläuten und offene Fragen. Frankfurt/M.
- Fischer, E./Lux, P. 1990: Ohne uns ist kein Staat zu machen. DDR-Frauen nach der Wende. Köln.
- Förster, P./Roski, G. 1990: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin/DDR.
- Gotschlich, H. 1990: Ausstieg aus der DDR. Junge Leute im Konflikt. Berlin/DDR.
- Hahn, A., u.a. 1990: 4-11-89. Protestdemonstration Berlin DDR. Berlin/DDR.
- Heym, S./Heiduczek, W., Hg. 1990: Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden. Leipzig und Weimar.
- Hildebrandt, J./Thomas, G., Hg. 1990: Unser Glaube mischt sich ein... Evangelische Kirche in der DDR 1989. Berichte, Fragen, Verdeutlichungen. Berlin/DDR.
- Kant, I. 1784/1964: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Werke XI, Frankfurt/M. S. 53-61.
- Königsdorf, H. 1990: 1989 oder Ein Moment der Schönheit. Eine Collage aus Briefen, Gedichten, Texten. Berlin/DDR.
- Maaz, H.-J. 1990: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin/West.
- Neues Forum Leipzig 1989: Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89. Leipzig.
- Reich, J. 1991: Rückkehr nach Europa. München.
- Rein, G. 1990: Die protestantische Revolution 1987-1990. Ein deutsches Lesebuch. Berlin.
- Schmid, Th. 1990: Oppositionsschelte. Vom Vorrang der zivilen Gesellschaft vor Sozialismus, Kapitalismus, Nation und Ökonomie. In: Kommune 3/1990, S. 41-43.
- Tetzner, R. 1990: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten Oktober 1989 bis 1. Mai 1990. Frankfurt/M.
- Thaysen, U. 1990: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen.

Bildnachweise

Soweit nicht anders angegeben, wurden die Fotos zwischen März und September 1991 von SeminarteilnehmerInnen in Berlin aufgenommen.

S.7: Leihgabe von M. Hofmann, Leipzig; S.8 oben: Von Leipzig nach Deutschland. Leipzig 1991; S.10: Fensch, Helmut (Hg.): Olle DDR. Eine Welt von gestern. Berlin 1990; S.11 oben li.: Pressefoto; S.11 oben re.: E. Windmüller/Th. Höpker: Leben in der DDR. Hamburg 1981; S.11 unten: 40 Jahre DDR – TschüsSED. 4.11.89, Ausstellungsbroschüre, hg. von der „Initiativgruppe 4.11.89“ und der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Bonn 1990; S.13: Von Leipzig nach Deutschland; S.14 oben: Ebd.; S.14 unten: Pressefoto; S.16 oben: Pressefoto; S.16 unten: Olle DDR; S.18 oben: Leipziger Demontagebuch. Leipzig und Weimar 1990; S.20 oben: Pressefoto; S.21: Foto Dagmar Birk; S.23 oben li.: Leben in der DDR; S.23 oben re.: Olle DDR; S.23 unten: Pressefoto; S.24 oben: Olle DDR; S.24 unten li.: Pressefoto; S.24 unten re.: Pressefoto; S.25: Leipziger Demontagebuch; S.26: Ebd.; S.29 Tatjana Eggeling; S.32: Pressefoto; S.33: B. Sinterhauf in: Ausstellungskatalog: Erhalten Zerstören Verändern. Berlin 1990; S.35 oben li.: Deutsche Demokratische Republik – Dem Frieden verpflichtet. Dresden 1979; S.35: FDGB-Archiv, Jena; S.55: Jörg Hildebrandt/Gerhard Thomas: Unser Glaube mischt sich ein... Evangelische Kirche in der DDR 1989. Berlin 1990.